

**Bericht zur Umsetzung des**

# **Integrationskonzepts**

**der Landeshauptstadt Saarbrücken**

**2008 – 2012**

*Landeshauptstadt Saarbrücken, Zuwanderungs- und Integrationsbüro  
Rathaus St. Johann  
66104 Saarbrücken  
0681 905 1559  
[veronika.kabis@saarbruecken.de](mailto:veronika.kabis@saarbruecken.de)  
[www.saarbruecken.de](http://www.saarbruecken.de)*

## Über diesen Bericht

Das Integrationskonzept wurde im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens entwickelt und im Dezember 2007 vom Stadtrat verabschiedet.

Es umfasst zehn Integrationsleitlinien, die die grundsätzliche Ausrichtung der Saarbrücker Integrationspolitik beschreiben, und ein operatives Konzept, das Aussagen zu Zielen, Strategien und Maßnahmen in vielen Handlungsfeldern beinhaltet.

Der vorliegende Bericht folgt der Struktur dieses Konzepts. Er macht Aussagen zum Stand der Umsetzung und gibt erste Einschätzungen über Erfolge und Herausforderungen. Er bezieht sich auf den Zeitraum 1.1.2008 bis 30.06.2012.

Im ersten Teil wird beschrieben, welche Strategien gewählt wurden, um die integrationspolitischen Ziele nachhaltig zu verankern und „in die Fläche“ zu bringen. Im zweiten Teil wird für jedes Handlungsfeld knapp ausgeführt, was im Berichtszeitraum umgesetzt wurde, welche Strategien sich als erfolgreich erwiesen haben und was zu tun bleibt. Dabei wird – im Sinne eines Rechenschaftsberichts der LHS - in erster Linie auf die von der Stadt selbst verantworteten Maßnahmen zurückgegriffen; teilweise finden auch Projekte und Maßnahmen anderer Träger Erwähnung. Insgesamt sei darauf hingewiesen, dass in Saarbrücken eine Vielzahl von Akteuren zur Umsetzung integrationspolitischer Ziele beiträgt und dass zahlreiche gute und engagierte Maßnahmen stattfinden.

Die insbesondere von Bundes- und Landesseite initiierten und geförderten Aufgaben (z.B. Integrationskurse, Migrationsberatung, Sprachförderung an Schulen, berufsbezogene Deutschkurse der Bundesagentur für Arbeit etc.) sind insofern an einigen Stellen Gegenstand des Berichts, als es auch zu den Aufgaben der Kommune gehört, für eine gute Vernetzung der Integrationsangebote und ihrer Träger in der Stadt zu sorgen.

Der Umsetzungsbericht ersetzt nicht den ersten Integrationsbericht, der 2013 vorgelegt werden soll. Dieser wird vertiefte Analysen zum Stand der Integration von Zuwanderern, zu Chancengerechtigkeit, interkultureller Öffnung von Stadtverwaltung und Regeldiensten und zum Miteinander der Menschen in der Stadt beinhalten.

*Veronika Kabis*  
Leiterin des Zuwanderungs-  
und Integrationsbüros

*Kajo Breuer*  
Dezernent für Umwelt, Migration und Recht

Saarbrücken, Juni 2012

## Zusammenfassung:

1. **Integration und Chancengleichheit sind als Querschnittsthemen angekommen.** Das gilt sowohl für die Stadtverwaltung mit ihren verschiedenen Fachämtern als auch für zahlreiche Regeldienste und Einrichtungen in der Stadt. Dabei hat sich das strategische Vorgehen entlang des Integrationskonzepts bewährt.

Das Stadtentwicklungskonzept, die Stadtteilentwicklungskonzepte für Malstatt, Burbach und Alt-Saarbrücken und weitere Fachkonzepte der Ämter zeigen, welcher Stellenwert der Internationalität Saarbrückens heute beigemessen wird. Allerdings sind die Strategien in den verschiedenen Handlungsfeldern unterschiedlich weit entwickelt. Deutlichen Nachholbedarf gibt es beispielsweise im Bereich einer auf die Bedürfnisse von MigrantInnen abgestimmten Seniorenarbeit, Altenhilfe und Pflege.

2. **Interne Öffnungsprozesse** verlaufen teilweise langsamer als gewünscht. So ist es der Stadtverwaltung zwar bereits gelungen, eine Reihe von Auszubildenden mit Migrationshintergrund einzustellen, insgesamt ist die Zahl der in der Verwaltung in qualifizierten Tätigkeiten beschäftigten MigrantInnen jedoch noch gering.
3. Die **Vernetzung der Akteure** auf dem Feld der Integrationsarbeit hat sich gut entwickelt. Die LHS nimmt dabei eine wichtige Rolle als Motor der Vernetzung ein. Dennoch können Abläufe noch optimiert werden. Es gibt interessante Modelle in anderen Kommunen, (etwa die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Erstberatung von MigrantInnen), die eine Betrachtung lohnen würden.
4. Die von der Stadt für Integrationsaufgaben **direkt und indirekt eingesetzten Mittel** sind seit 2008 deutlich gestiegen. Dennoch reichen sie an vielen Stellen nicht aus. Insbesondere bei der Sprachförderung, aber auch bei der Bezuschussung von Trägern der Integrationsarbeit klaffen Lücken.
5. **Migrantenorganisationen** sind selbst zu wichtigen Akteuren der Integrationsarbeit geworden. Das ist eine begrüßenswerte Entwicklung, zeigt sie doch deren oftmals unterschätztes bürgerschaftliches Engagement und die Qualität ihrer Arbeit. Dadurch ist jedoch auch die Konkurrenz der Träger der Integrationsarbeit um Fördermittel und Zuschüsse gestiegen.
6. Die Stadtverwaltung hat seit einigen Jahren einen starken Akzent auf **eine Willkommenskultur** für Zuwanderer gesetzt. Sie soll den sozialen Zusammenhalt stärken. Künftig wird diese Strategie auch deshalb wichtig sein, weil sich die Städte für den Wettbewerb um internationale Fachkräfte fit machen müssen.
7. Während die Versäumnisse der deutschen Integrationspolitik früherer Jahrzehnte noch repariert werden, steht Saarbrücken – wie andere Städte auch - vor den Herausforderungen einer „**neuen Migration**“: der einsetzenden Binnenmigration im krisengeschüttelten Europa des Südens und Ostens. Sie bringt beides mit sich: sowohl gut ausgebildete Fachkräfte als auch ArmutsmigrantInnen.

8.

## Übersicht

Seite

Glossar

5

### I. Umsetzung strategischer Aufgaben

1.	Integration als Netzwerkarbeit	6
2.	Integration als Querschnittsaufgabe	11
3.	Aufbau eines Integrationsmonitoring	13
4.	Partizipation	14
5.	Gender Mainstreaming	16
6.	Gremienarbeit	17
7.	Finanzierung und Ressourcen	17

### II. Umsetzung nach Handlungsfeldern

1.	Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Verbesserung der Bildungschancen und interkulturelle Erziehung	20
2.	Sprachförderung	23
3.	Arbeitsmarkt und Soziales	25
4.	Existenzgründung und lokale Ökonomie	28
5.	Stadtplanung, Wohnen und Nutzung des öffentlichen Raums	29
6.	Sozialraumorientierte Integrationsarbeit	31
7.	Migrantinnen	33
8.	Ältere MigrantInnen	35
9.	Gesundheitsförderung	37
10.	Kommunale Kulturarbeit	39
11.	Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit	41
12.	Sport	42
13.	Einbürgerung	45
14.	Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung	47
15.	Prävention und Sicherheit	50
16.	Öffentlichkeitsarbeit und Medien	52
17.	Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung	54
18.	Sprachmittlung	55
19.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	56
20.	Wissenschaft-Praxis-Transfer	57

## Glossar

AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
DaF	Deutsch als Fremdsprache
GIM (FITT)	Forschungs- und Transferstelle für <b>G</b> esellschaftliche <b>I</b> ntegration und <b>M</b> igration an der HTW des Saarlands
GWA	Gemeinwesenarbeit
HTW	Hochschule für Technik und Wirtschaft
IBIS	Modellprojekt „Innovative Beteiligungsformen in multiethnischen Stadtteilen“
IQ-Netzwerk	Bundesweites Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“
JMD	Jugendmigrationsdienst
MBE	Migrationsberatung für Erwachsene
MIA	Arbeitskreis Migration – Integration (Federführung: Deutsches Rotes Kreuz)
MSO	Migrantenselbstorganisation
SIMA	Saarländische Initiative Migration und Arbeitswelt
TFKS	Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“
VHW	Bundesverband für Wohnen
XENOS	Bundesprogramm zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit

# I. Umsetzung strategischer Aufgaben

## 1. Integration als Netzwerkarbeit<sup>1</sup>

Als Ziele wurden im Integrationskonzept formuliert:

- Integration soll als Querschnittsaufgabe erkannt und von den Akteuren in allen Handlungsfeldern „mitgedacht“ und umgesetzt werden.
- Die im Bereich der Stadt tätigen Akteure der im Zuwanderungsgesetz geregelten Integrationsaufgaben sowie alle weiteren Akteure der Integration und das ZIB entwickeln zuverlässige und transparente Strukturen der Zusammenarbeit und des Austauschs.
- Im Mittelpunkt steht das Interesse an einer optimalen Versorgung von MigrantInnen als KundInnen von Behörden, Institutionen und Beratungsstellen.
- Die Strukturen im Bereich der Integrationsarbeit sollen überschaubarer und sowohl für Kund/innen als auch für Einrichtungen und Öffentlichkeit leichter identifizierbar werden.
- Im Bereich der Arbeitsmarktintegration arbeitet die LHS im Rahmen der Saarbrücker Initiative Migration und Arbeitswelt am Aufbau und der Weiterentwicklung eines Kompetenznetzwerkes „Arbeitsmarktintegration von Migrant/innen“.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
zuverlässige und transparente Strukturen der Zusammenarbeit und des Austauschs in der Stadt schaffen	Es haben sich folgende Vernetzungsstrukturen etabliert und bewährt:  <u>AK Migration/Integration</u> (Federführung Deutsches Rotes Kreuz): Informationsnetzwerk; dient dem Austausch über relevante Entwicklungen; zahlreiche Akteure von freien Trägern, Land, Kommune, Jobcenter, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Vereine etc.	Fortführen
	<u>AK Migrantinnen</u> (Federführung ZIB): besteht seit 2001; zahlreiche Akteurinnen aus den Bereichen Frauen und Migration; Austausch und Entwicklung gemein-	Fortführen

<sup>1</sup> Integrationskonzept, S. 20

	<p>same Projekte, Veröffentlichen und Veranstaltungen; gemeinsame Fortbildung und kollegiale Beratung</p> <p><u>Plattformen</u> für Austausch, Vernetzung, Information: Besuchermessen IMMIGRA und „Frauenwelten“;</p> <p>systematische Nutzung von <u>Internet</u> und Newsletter für Information über Strukturen und Integrationsaktivitäten</p> <p>Beteiligung von Saarbrücken am <u>Bundesmodellprojekt</u> „Integrationsvereinbarungen“ (2011/2012); Ziel u.a.: Optimierung der Vernetzung u. wechselseitiger Verbindlichkeit</p> <p>Themen- und anlassbezogene <u>Arbeitsgruppen</u> (Runder Tisch Roma; „Vielfalt im Fußball“)</p> <p>stadtteilbezogener interreligiöser Dialog (derzeit in Burbach und Alt-Saarbrücken)</p> <p>informelles Netzwerk der <u>kommunalen Integrationsbeauftragten</u> im Saarland (mehrere gemeinsame Fachtagungen)</p>	<p>Fortführen</p> <p>Fortführen</p> <p>Evaluieren; verabredete nächste Schritte umsetzen (Fortbildung, Hospitationen, Koop.vereinbarung Migrationsdienste/ Jobcenter etc.)</p> <p>Fortführen bzw. neu initiieren nach Bedarf</p> <p>Fortführen und ausweiten auf andere Stadtteile</p>
<p>Optimale Versorgung von MigrantInnen als KundInnen von Behörden, Institutionen und Beratungsstellen; Strukturen überschaubarer machen</p>	<p><u>Internetpräsenz</u> ZIB und andere (Thema Gesundheit: <a href="http://www.mige-saar.de">www.mige-saar.de</a>; Internetforum Migrantenorganisationen/SIMA)</p> <p><u>Informationsbroschüren</u> (Hilfen für Migrantinnen in Konfliktsituationen; Infos zur Einbürgerung etc.)</p> <p><u>Optimierung der Kontakte</u> zwischen Stadtämtern und MultiplikatorInnen im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Integrationsvereinbarungen“</p> <p>Mehrsprachige Beilagen „Saar-</p>	<p>Fortführen und ausbauen</p> <p>Begrüßungsmappen für NeubürgerInnen mit Infomaterialien für MigrantInnen bestücken</p> <p>Weitere Treffen und Fortbildungen sind geplant.</p> <p>Mehrsprachige Beiträge</p>

	<p><u>brücken international</u>“ und Beiträge in den Stadtteilzeitungen</p> <p>Interkulturelle <u>Schulungen</u> zur Sensibilisierung städtischer MitarbeiterInnen</p>	<p>und migrationsrelevante Themen noch stärker in redaktionellen Teil der Stadtteilzeitungen integrieren</p> <p>Fortführen</p>
<p>Kompetenznetzwerk „Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen“ weiterentwickeln</p>	<p>Die von der Stadt mit auf den Weg gebrachte <u>Saarländische Initiative Migration und Arbeitswelt</u> (SIMA, in Trägerschaft von GIM/HTW) organisiert weiterhin die Netzwerkarbeit im Bereich Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen.</p> <p>Das <u>Jobcenter</u> hat den Bereich Migration in den letzten Jahren umstrukturiert und die Betreuung der KundInnen mit Migrationshintergrund verbessert.</p> <p>Durch die Verabschiedung des Bundesgesetzes für die <u>Anerkennung ausländischer Qualifikationen</u> (April 2012) und das Modellprojekt „Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen“ (Träger: TÜV Nord) haben MigrantInnen bessere Chancen auf Anerkennung und Würdigung ihrer mitgebrachten Qualifikationen.</p>	<p>Fortführen (Finanzierung aus Bundesmitteln derzeit gesichert bis 2013).</p> <p>Landtag: Saarländisches Anerkennungsgesetz verabschieden (geplant für Herbst 2012)</p> <p>Informieren über Anerkennungsmöglichkeiten und -wege</p> <p>Anpassungsqualifizierungen entwickeln (Jobcenter, Bildungsträger etc.)</p>

<p>MigrantInnen stärker vertreten in Beiräten und Ausschüssen</p>	<p>Bei der Zusammensetzung von Begleit- und Vergabeausschüssen und Beiräten wird inzwischen stärker auf Heterogenität geachtet (z.B. Begleitausschüsse TFKS und „Stärken vor Ort“; Seniorenbeirat)</p>	<p>Verstärken und systematisch verankern, auch in anderen Gremien und Ausschüssen</p>
<p>Regeldienste, Integrationsdienstleister und Migrantenorganisationen stärker vernetzen</p>	<p>Bundesmodellprojekt <u>IBIS</u> (2008-2009, Programm Nationale Stadtentwicklungspolitik) diente der systematischen Vernetzung und der interkulturellen Öffnung von Regelstrukturen; hat zahlreiche Impulse gesetzt.</p> <p>Optimierung der Vernetzung aktuell im Rahmen des Bundesmodellprojekts „<u>Integrationsvereinbarungen</u>“</p> <p><u>IMMIGRA</u> als Ort der Begegnung und des Austauschs von Dienstleistern, MultiplikatorInnen und BürgerInnen</p>	<p>Verabredungen umsetzen</p> <p>Fortführen</p>
<p>Zugänge zu „informellen Netzwerken“ schaffen, Schlüsselpersonen aus den Communities gewinnen</p>	<p>Qualifizierung und Einsatz von <u>Sprach- und Kulturmittlern</u></p> <p>Beschäftigung und Qualifizierung von „<u>Brückenbauern</u>“ (Beschäftigungsmaßnahme)</p> <p>Erprobung der Methode „<u>Community Organizing</u>“ (derzeit in Malstatt), kombiniert mit dem TFKS-Projekt „<u>MigrantInnen mischen mit</u>“</p>	<p>Einsatz- und Finanzierungsmöglichkeiten finden; ausweiten auf andere Bereiche (insb. Gesundheitswesen)</p> <p>Auswerten und auch in anderen Stadtteilen erproben (Burbach, Alt-Saarbrücken etc.)</p>
<p>Jährliche Integrationskonferenz schaffen</p>	<p>Statt einer jährlichen Integrationskonferenz wurde die <u>IMMIGRA</u> alle zwei Jahre etabliert. Das sehr erfolgreiche Modell kombiniert Fachkonferenz und Besuchermesse. (Träger: LHS und GIM/HTW).</p>	<p>Fortführen</p>

## **Einschätzung:**

Der Aufbau integrationspolitischer Netzwerke ist in den letzten fünf Jahren gut vorangekommen. Die Federführung beim zentralen Arbeitskreis MIA (Migration – Integration) liegt beim Deutschen Roten Kreuz; es handelt sich um ein Informationsnetzwerk, das in erster Linie dem Austausch dient. Hinzu kommen zielgruppenbezogene Arbeitskreise, etwa der AK Migrantinnen. Das Thema Migration ist jedoch auch – soweit ersichtlich – in den meisten relevanten Netzwerken und Arbeitskreisen „angekommen“. Die Mitwirkung von MigrantInnen innerhalb dieser Arbeitszusammenhänge spiegelt ihre – sehr unterschiedliche – Repräsentation in den jeweiligen Institutionen wider.

Verbesserungspotenziale gibt es sicher noch bei der Schaffung von Dienstleistungsketten in der Einzelfallberatung, so dass einerseits keine Versorgungslücken entstehen und andererseits keine Doppelarbeit geleistet wird. Die Erfahrung aus anderen Städten zeigt auch, dass sich die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle bewährt hat, die das Clearing für die Ratsuchenden übernimmt (Verweissystem mit Blick auf Migrationsdienste und Beratungsstellen, Einstufungstest für Integrationskurse etc.). Eine solche Lösung wäre aus Sicht des ZIB auch für Saarbrücken erstrebenswert.

Die Netzwerkarbeit ist in Saarbrücken teilweise aufwändiger als in anderen Städten, weil die relevanten Fachämter (Ausländerbehörde, Jugendamt, Sozialamt, Jobcenter etc.) auf unterschiedliche Behörden und Verwaltungsebenen verteilt sind (Stadt, Regionalverband, Land) und es verhältnismäßig viele Akteure in der Migrationsberatung gibt (vier Wohlfahrtsverbände). Entsprechend hoch ist der Koordinierungsaufwand. Hinderlich sind diese Strukturen auch bei der Erstellung von Statistiken.

Es wurden in den letzten Jahren verschiedene Instrumente erprobt, um „Brücken zu bauen“ zwischen Regeldiensten und MigrantInnen(organisationen): Qualifizierung von Sprach- und KulturmittlerInnen (ZIB/SIMA/IHK), BrückenbauerInnen (SIMA/Jobcenter), Bildungsbeauftragte (Regionalverband/KOSA). In der Sache haben sich diese Instrumente grundsätzlich bewährt. Als problematisch hat sich immer wieder erwiesen, dass es keine tragfähigen Finanzierungsmodelle für den Praxiseinsatz der MittlerInnen gibt. So wurden zwar eine ganze Reihe Personen geschult, aber sie kommen relativ wenig zum Einsatz (etwa in Kindergärten, Schulen, Behörden etc.), weil es an Ressourcen für eine angemessene Aufwandsentschädigung fehlt. Allein mit ehrenamtlichem Einsatz ist diese Aufgabe jedoch nicht zu leisten.

## 2. Integration als Querschnittsaufgabe<sup>2</sup>

Integration ist nur bedingt als eigenständiges Handlungsfeld zu betrachten – vielmehr liegt die Aufgabe im Wesentlichen darin, die Regeldienste für einen kompetenten Umgang mit den Belangen von MigrantInnen und die Entwicklung von Strategien für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu befähigen. Das ZIB hat solche Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung und mit einigen ihrer Partner initiiert. Zu beobachten war in den letzten Jahr auch, dass sich andere Institutionen und Verbände im Sinne einer Selbstverpflichtung solchen internen Öffnungsprozessen – teilweise sehr systematisch - unterzogen haben.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Integration als Querschnittsaufgabe verankern	<p>Innerhalb der Verwaltung hat sich eine gute <u>Zusammenarbeit</u> eingestellt: Das ZIB wird über integrationspolitische Maßnahmen der Ämter informiert und ggfs. eingebunden; die Fachämter wirken an der Umsetzung des Integrationskonzepts mit; es sind mehrere ämterübergreifende Projekte entstanden (z.B. mit Stadtplanungsamt, Amt für soziale Angelegenheiten, Bürgeramt, Stadtbibliothek, Amt für Kinder, Bildung und Kultur e.V., Personalamt, Amt für Statistik und Wahlen, Stadtentwicklung etc.). Die Ämter wirken an Veranstaltungen mit (z.B. IMMIGRA, Einbürgerungskampagne).</p> <p>Integration ist als Querschnittsthema in das <u>Stadtentwicklungskonzept</u> und die <u>Stadtteilentwicklungskonzepte</u> eingeflossen.</p> <p>Außerhalb der Verwaltung: mit gezielten Projekten zur <u>interkulturellen Öffnung</u> konnten <u>Akteure im Stadtteil</u> (insbesondere GWA)</p>	<p>Fortführen und verstetigen</p> <p>Beschlossene Strategien und empfohlene Maßnahmen konsequent umsetzen (z.B. Community Organizing, Interkultureller Garten, Sprachförderung)</p> <p>Fortführen und verstetigen (z.B. über Zielvereinbarungen GWA)</p>

<sup>2</sup> Konzept S. 74

	stärker für die Integrationsarbeit gewonnen werden.	
Lenkung / integriertes Arbeiten	<p>Innerhalb der Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren eine stärkere Ausrichtung zur integrierten Stadt(teil)entwicklung stattgefunden. Dadurch hat es sich als sinnvoll erwiesen, keine eigene Lenkungsgruppe „Integration“ zu bilden, sondern systematisch dafür zu sorgen, dass integrationspolitische Aspekte als Querschnittsthema in die Stadt- und Stadtteilentwicklung einfließen.</p> <p>Das ZIB fungiert dabei als Fachstelle, die für die Koordination und die konzeptionelle Vertiefung sorgt; außerdem übernimmt das ZIB die Beobachtung und Berichterstattung.</p>	Fortführen

**Einschätzung:**

Zuwanderung und Integration haben im Vergleich zu früheren Jahren deutlich an Stellenwert innerhalb der Stadtverwaltung gewonnen. Das Thema ist „angekommen“ in den meisten Fachämtern. Die Stadt(teil)entwicklungskonzepte und Fachkonzepte der Ämter spiegeln diese Entwicklung wider. Insbesondere bei der Erstellung der Stadtteilentwicklungskonzepte für Malstatt, Alt-Saarbrücken und Burbach hat das Thema Migration eine große Rolle gespielt. Über verschiedene Projekte und Maßnahmen ist es auch zunehmend gelungen, Akteure vor Ort (GWA etc.) stärker für die Belange von MigrantInnen zu sensibilisieren.

Die zunehmend integrierte Arbeitsweise innerhalb der Stadtverwaltung (etwa durch themen- oder sozialraumbezogene Projektgruppen und Teams) hat dafür gesorgt, dass das ZIB in viele Planungsprozesse eingebunden war und ist. Dadurch hat es sich auch als sinnvoll erwiesen, nicht die Umsetzung des Integrationskonzepts durch eine Steuerungsgruppe zu begleiten, sondern umgekehrt dafür zu sorgen, dass möglichst systematisch in den Strategien, Konzepten und Maßnahmen der Stadt eine Art „interkulturelles Mainstreaming“ geschieht. Das ist der Fall z.B. bei der Umsetzung der Stadtteilentwicklungskonzepte, der Entwicklung des seniorenpolitischen Konzepts, der Erprobung neuer Formen der Beteiligung (Community Organizing) etc.

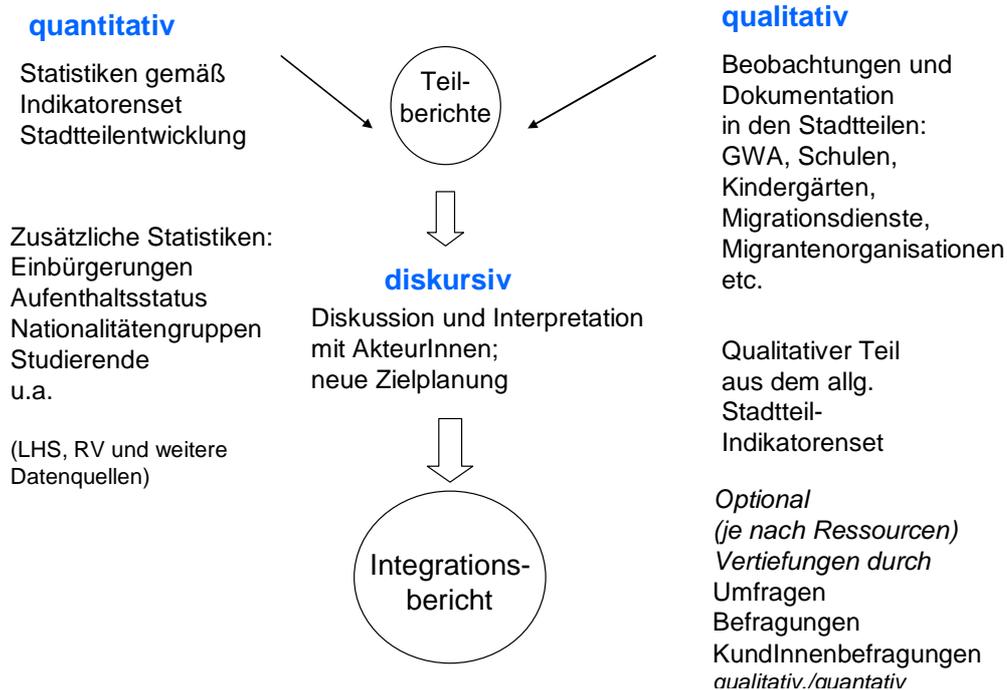
Bewährt hat sich in diesem Zusammenhang auch die 2003 gewählte Organisationslösung, wonach das ZIB als Stabsstelle für Migration eingerichtet wurde. Diese Einordnung innerhalb der Verwaltung ermöglicht ein relativ „freies“ Agieren über Ämtergrenzen hinweg.

### 3. Aufbau eines Integrationsmonitoring<sup>3</sup>

Seit einiger Zeit wird innerhalb der Stadtverwaltung – teilweise unter Einbeziehung der Gemeinwesenarbeit - am Aufbau eines Beobachtungs- und Berichtswesens gearbeitet, das Entwicklungen in der Stadt und den Stadtteilen mit Blick auf Themen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Segregation etc. abbilden und vergleichbar machen soll. Das ZIB ist daran beteiligt.

Im Laufe des Diskussionsprozesses gab es eine Verständigung darüber, dass migrationsspezifische Daten in den zu entwickelnden Indikatorenmodellen soweit wie möglich mit abgebildet werden sollen und kein gesondertes Integrationsmonitoring als Dauerbeobachtung aufgebaut werden soll. In einem spezifischen Integrationsbericht, der für 2013 geplant ist, sollen jedoch Vertiefungen zu einzelnen Themen vorgenommen werden, etwa durch Befragungen, Fachgespräche und statistische Sonderauswertungen.

#### Vorläufige Struktur des Integrationsberichts für Saarbrücken (2013)



<sup>3</sup> Konzept S. 72

#### 4. Partizipation<sup>4</sup>

Als Ziel wurde im Integrationskonzept formuliert:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken fördert die politische und bürgerschaftliche Partizipation von Zuwanderern in der Stadt und fordert ihre aktive Beteiligung an den Strukturen der Demokratie im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten stärker ein.*

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
<p>Die LHS entwickelt geeignete Strategien und Ansprachewege</p>	<p>Projekt IBIS: Das Projekt hat sich spezifisch mit der Beteiligung von MigrantInnen beschäftigt; in diesem Rahmen wurde z.B. über Beteiligungsmöglichkeiten informiert (Workshop „Plane deine Stadt“ etc.)</p> <p>Community Organizing wurde als Beteiligungsmethode für multiethnische Stadtteile in den Blick genommen; erste Umsetzung erfolgt derzeit in Malstatt</p> <p>Bei vielen größeren Projekten und Maßnahmen wurde Beteiligung sichergestellt (Einbürgerungskampagne, Seniorenpolitisches Konzept, interkultureller Garten etc.)</p> <p>IMMIGRA 2012 (25.9.): Beteiligung ist eines der Schwerpunktthemen</p> <p>Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und Bezeichnung von Vereinen</p> <p>Einbindung von MigrantInnen in Gremien, Runde Tische und Begleitausschüsse (z.B. Seniorenbeirat, Begleitausschüsse von TFKS u. „Stärken vor Ort“)</p>	<p>Bei allen Bürgerbeteiligungsmaßnahmen soll darauf geachtet werden, dass MigrantInnen in geeigneter Weise angesprochen und eingebunden werden.</p> <p>Auswertung der Ergebnisse mit Blick auf Teilnahme von MigrantInnen und Verstetigung der Methode</p> <p>Fortführen</p> <p>Umsetzen</p> <p>Fortführen</p> <p>Fortführen</p>

<sup>4</sup> Konzept S. 23

## **Einschätzung:**

Die Partizipation von MigrantInnen gilt es auf vielen Ebenen zu fördern: als Teilhabe an den Strukturen der Gesellschaft mit Blick auf Chancengerechtigkeit in Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen etc.; und als Teilnahme am öffentlichen Leben im Sinne von Mitgestaltung, Mitsprache und Mitbestimmung. Die Partizipationsziele von MigrantInnen unterscheiden sich nicht von denen der anderen – allerdings sind ihre Voraussetzungen im Allgemeinen schlechter.

Als Strategie hat die Stadt in den zurückliegenden Jahren vor allem darauf gesetzt, MigrantInnen stärker an Struktur und Funktionsweise von Politik und Verwaltung heranzuführen, MittlerInnen zu qualifizieren, die ihrerseits die Brücke zu Migrantengemeinschaften bilden können, Beteiligungsmethoden auf ihre Tauglichkeit für heterogene Stadtgesellschaften zu überprüfen und systematisch eine Willkommenskultur sichtbar werden zu lassen, die Menschen einlädt, sich in Saarbrücken heimisch zu fühlen und als BürgerInnen aktiv zu werden.

Dieses Vorgehen hat sich als sinnvoll erwiesen, bleibt jedoch mitunter ein „mühsames Geschäft“. Die Erwartung, dass sich viele MigrantInnen in hierzulande übliche Beteiligungsformen einbringen - Stadtteilkonferenzen, Beteiligungsverfahren bei Bauplänen etc. -, wird immer wieder enttäuscht, wenngleich es dafür gute und nachvollziehbare Gründe gibt (Direktbeteiligung ist häufig nicht bekannt; es gibt eine Scheu, gegenüber den „wirkungsmächtigen“ Personen nicht mithalten zu können; mitunter gibt es Verständigungsprobleme etc). Die engagierten Personen sind häufig wiederum überlastet mit den Ansprüchen, die von allen Seiten an sie herangetragen werden.

Insbesondere durch die Anwendung der Methode des Community Organizing, die auf unmittelbare Ansprache „face to face“ und Beziehungsarbeit im Stadtteil setzt, erhofft sich die Stadt Fortschritte, was die Beteiligung von MigrantInnen angeht. Auch im Rahmen des Städtenetzwerks „Milieuorientierte Beteiligung“ des vhw-Bundesverbandes wird derzeit nach neuen Ansätzen gesucht.

Der Einsatz von Sprach- und KulturmittlerInnen zur besseren Erreichung von MigrantInnen hat sich im Prinzip bewährt, stößt jedoch an seine Grenzen, solange diese Personen nicht zuverlässig für ihren Einsatz honoriert werden können.

Eine besondere Herausforderung ist das Thema Wahlbeteiligung. Ein großer Teil der BewohnerInnen mit ausländischem Pass hat kein oder nur eingeschränktes Wahlrecht. Von den wahlberechtigten MigrantInnen (z.B. UnionsbürgerInnen bei Kommunalwahlen) gehen wiederum viele nicht wählen. Die geringe Wahlbeteiligung gilt auch für die Wahlen zum Integrationsbeirat.

Da hier eine Schieflage entsteht, braucht es neue Anstrengungen, die von Politik und Verwaltung ausgehen müssen. Vorbild könnten gezielte Wahlaufrufe an wahlberechtigte MigrantInnen sein, wie sie etwa in Luxemburg sehr offensiv getätigt werden (Plakatkampagnen etc.). Eine wichtige Vorbildfunktion können auch MandatsträgerInnen mit Migrationshintergrund haben. Hier sind die politischen Parteien gefordert, MigrantInnen stärker zu „umwerben“ und sie auch in verantwortliche Positionen innerhalb der Parteien hinein zu wählen.

## 5. Gender Mainstreaming<sup>5</sup>

### Ziel:

*Die LHS fördert die Weiterentwicklung von Strategien des Gender Mainstreaming unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft, indem sie Gelegenheiten der fachlichen Auseinandersetzung, der Fortbildung und der kollegialen Beratung zu diesem Thema ermöglicht.*

### Erfolgte Maßnahmen:

- Das ZIB und das Frauenbüro der LHS haben ihre Zusammenarbeit intensiviert. Die Kooperation hat sich insbesondere konkretisiert in der Durchführung des FrauenThemenMonats 2010, der unter dem Thema „Migration“ stand und durch eine Reihe von Fach- und Kulturveranstaltungen Gelegenheit zur Auseinandersetzung über die Verknüpfung von Migrations- und Genderthemen bot.
- Der Arbeitskreis Migrantinnen arbeitet seit nunmehr über zehn Jahren an Fragen der Gleichberechtigung mit besonderem Fokus auf der Situation von Frauen mit Migrationshintergrund. Die teilnehmenden Mitarbeiterinnen aus einer Vielzahl von Beratungsstellen unterstützen einander außerdem durch kollegiale Beratung nach dem Modell der „Co-Vision“.
- Die Verschränkung der unterschiedlichen Dimensionen von Vielfalt (Gender, Herkunft, Alter, sexuelle Identität, Behinderung etc.) ist Thema des Antidiskriminierungsforums Saar, das vom Berufsförderungswerk bfw initiiert wurde und an dem auch die Stadt (ZIB und Frauenbüro) mitwirkt.
- Einen hohen Diskussionsbedarf zum Thema „Gender und Migration“ haben die Reaktionen auf das Frauenschwimmen in Altenkessel aufgezeigt. Hier haben sich unterschiedliche Diskussionsstränge zu einem kaum mehr auflösbaren Themen-„Wirrwarr“ verbunden (Islam, Kopftuch, Emanzipation, Umgang mit Schamgefühlen, „Ausschluss“ von Männern etc.). Diesem Thema soll im Rahmen so genannter Interventionsmaßnahmen aus dem Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ nachgegangen werden. Bei einer Fachveranstaltung in der Frauenbibliothek im Dezember 2011 wurden erste Analysen dazu vorgenommen.
- Projekte, die in den letzten zwei Jahren initiiert wurden: Aufbau des Mentoring-Netzwerks für Migrantinnen „MiNet“ (Trägerin: Frauenbibliothek); Projekte zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Männern (BürgerInnenzentrum Brebach); Kochprojekt mit jungen Männern (label M) etc.

---

<sup>5</sup> Konzept S. 23

## 6. Gremienarbeit

2008 wurde der Sozialausschuss in „Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Integration“ umbenannt. Integrationsthemen werden dort seither deutlich intensiver behandelt als früher. Der Ausschuss berät über Vorhaben der LHS in diesem Bereich, und er lässt sich über Entwicklungen berichten.

Daneben werden migrationsrelevante Themen als Querschnittsthemen auch in Fachausschüssen und Bezirksräten beraten.

Der Integrationsbeirat befasst sich – auf eigene Initiative oder durch entsprechende Vorlagen der Fachämter - mit Themen, die die Belange von MigrantInnen betreffen. In den Berichtszeitraum fällt auch die Umwandlung des Ausländerbeirats (15 in Urwahl gewählte Mitglieder mit ausländischem Pass) in den Integrationsbeirat (10 in Urwahl gewählte Mitglieder mit ausländischem Pass und 5 Stadtverordnete).

Der Integrationsbeirat hat im Frühjahr 2012 eine Studie in Auftrag gegeben über die Repräsentation von MigrantInnen in den politischen Parteien in Saarbrücken. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2012 vorgestellt werden.

## 7. Finanzierung und Ressourcen

Im Integrationskonzept heißt es dazu:

*„Kommunale Integrationsarbeit erfordert Ressourcen. Manche Handlungsvorschläge sind nur mit zusätzlichen Finanzmitteln realisierbar. In einigen Bereichen können aber auch durch Umorganisation, Bündelung von Ressourcen sowie die Inanspruchnahme von Drittmitteln Ressourcen nutzbar gemacht oder neu erschlossen werden.“*

Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist, lassen sich im Haushalt nicht alle Ausgaben, die in integrationspolitische Aufgaben einfließen, sinnvoll abbilden. In vielen Bereichen werden wertvolle Beiträge geleistet, mit denen der kulturellen Vielfalt der Bevölkerung Rechnung getragen wird: von Projekten im Rahmen der Sozialen Stadt über die Alltagsarbeit der Kindertageseinrichtungen, der Gemeinwesenarbeit und der Schulkultur, Fortbildungsmaßnahmen des Personalamtes bis hin zum Grünamt (Bsp. Projekt Grüne Insel Kirchberg) und Friedhofsbetrieb (neue Bestattungsformen) –,

Deshalb sind hier nur die Haushaltsansätze des ZIB als mit der Koordination und Umsetzung der Integrationspolitik beauftragter Stabsstelle sowie einige spezifische Ausgaben und Finanzierungsquellen aufgeführt.

### Entwicklung der Haushaltsansätze des ZIB

(eingerechnet sind Sachkosten für die laufende Arbeit, eigene Projekte, Mieten sowie Zuschüsse an Vereine; nicht eingerechnet sind die Personalkosten des ZIB)

2007	65.290,00 €
2008	95.560,00 €
2009	100.770,00 €
2010	107.484,00 €
2011	107.766,00 €
2012	100.437,00 €

### Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen

Die Finanzierung dieser zentralen Integrationsaufgabe - an der auch deutsche Kinder partizipieren - erfolgte seit 2004 überwiegend aus Spendenmitteln sowie Haushaltsmitteln des ZIB (in den oben aufgeführten Ansätzen enthalten). Da nicht durchgehend Spendenmittel zur Verfügung standen, gab es keine kontinuierliche Förderung. 2011 standen zur Verfügung: 10.000,- € aus Spenden; 5.000,- € aus dem Budget des ZIB; 15.000,- € aus Mitteln des Regionalverbandes.

Inzwischen konnte der Ansatz deutlich erhöht werden: Im Haushalt 2012 sind beim Amt für Kinder und Bildung 45.000 € für Sprachförderung veranschlagt (einschließlich 5.000 € aus Mitteln des ZIB).

### Drittmittel für Impulsprojekte und zur Realisierung von zivilgesellschaftlichen Projekten

Hervorzuheben ist im Berichtszeitraum insbesondere das Modellprojekt „IBIS“ in Trägerschaft des ZIB, das 2008-2009 aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik finanziert wurde. Aus Bundesmitteln konnten 90.000 € eingesetzt werden, die in den interkulturellen Öffnungsprozess in mehreren Stadtteilen (Kooperationspartner: Gemeinwesenprojekte und Migrantenorganisationen) und die Entwicklung von Beteiligungsstrategien geflossen sind.

Aktuell und ebenfalls aus dem Bundesprogramm Nationale Stadtentwicklungspolitik wird das Projekt „Bottom Up“ in Malstatt (Federführung: Amt für soziale Angelegenheiten) durchgeführt, von dem wichtige Impulse für das Zusammenleben der Menschen aus über 120 Nationalitäten im Stadtteil zu erwarten sind.

Im Rahmen der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ (Federführung: Regionalverband) und „Stärken vor Ort“ in Malstatt (Federführung: Amt für soziale Angelegenheiten) sind ebenfalls viele Projekte mit bzw. von MigrantInnen(organisationen) durchgeführt worden.

Insgesamt hat die Stadt die Strategie verfolgt, die in Saarbrücken umgesetzten Programme und Projekte möglichst intensiv für integrationspolitische Ziele nutzbar zu machen. Dieses Ziel wurde beispielsweise beim Programm „Soziale Stadt“ im Stadtteil Brebach schon von Anfang an konsequent verfolgt (auch durch die enge Kooperation mit dem BürgerInnenZentrum Brebach); im Stadtteil Burbach ist es zumindest

in den letzten Jahren deutlich stärker gelungen, diesen Fokus zu schärfen (etwa durch den Orientalischen Markt und das Projekt „Burbacher Märkte“).

Nicht einzeln aufgeführt werden hier die Eigenmittel und Drittmittel aus Landes-, Bundes- und europäischen Programmen sowie von Stiftungen, die andere öffentliche Träger (Jobcenter, Regionalverband) und freie Träger (Vereine, Verbände, Bildungsträger) in Saarbrücken einsetzen und die die Basis der Integrationsarbeit als Einzelfallarbeit bilden: von Integrationskursen über Migrationsberatung bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen, Jugendprojekten und vielem mehr.

Das ZIB setzt außerdem seit 2011 das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ in Saarbrücken um. Hierfür standen in 2011 60.000 € zur Verfügung, in 2012 90.000 € und in 2013 80.000 €, die ausschließlich an gemeinnützige Träger fließen für die Umsetzung von Projekten zur Förderung von Toleranz und zur Bekämpfung von Diskriminierung.

## II. Umsetzung des Integrationskonzepts nach Handlungsfeldern

### 1. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund: Verbesserung der Bildungschancen und interkulturelle Erziehung<sup>6</sup>

#### Leitsatz:

*Kinder und Jugendliche erleben das interkulturelle Zusammenleben als Normalfall von Anfang an; alle erhalten die Bildungschancen, die sie brauchen, um gleichberechtigt partizipieren zu können.*

#### Ziele:

- Migrantenkinder erzielen erfolgreiche Bildungsabschlüsse. Die ethnische und soziale Herkunft entscheidet nicht mehr über den Bildungserfolg.
- Kinder und Jugendliche in Saarbrücken wachsen in einem offenen, diskriminierungsfreien Umfeld auf.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Frühzeitiger Besuch von Kindertageseinrichtungen; Entwicklung von Strategien der Werbung und Ansprache.	Ausbau von Kita-Plätzen kommt insbesondere auch Migrantenkindern zugute; „Werbung“ für Kita-Besuch geschieht durch direkte Kontakte in den Stadtteilen (etwa über GWA, Jugendamt etc. im Zusammenhang mit frühen Hilfen und Präventionsmaßnahmen)	Verstärkte Werbung für frühen Kita-Besuch
Konzept Frühkindliche Sprachförderung	Die wesentlichen Konzeptbausteine liegen vor; die Mittel für die frühkindliche Sprachförderung wurden schrittweise aufgestockt; MitarbeiterInnen der Kitas wurden zu frühkindlicher Sprachförderung fortgebildet; verschiedene Programme und Instrumente wurden erprobt und kombiniert, um möglichst durchgängig Sprachförderung in den Kitas sicherzustellen; der tatsächliche Bedarf wird noch nicht vollständig abgedeckt, jedoch stehen seit 2012 deutlich mehr	Weiterbildung ausgewählter pädagogischer MitarbeiterInnen der LHS durch HTW geplant;  Weiteres Bemühen um Aufstockung und Verstetigung der Finanzierung;  Langfristiges Ziel: mehr Personal in den Kitas mit hohem Migrantenanteil, so dass Sprachförderung integraler Bestandteil der Kita-Arbeit wird.

<sup>6</sup> Konzept S. 34 ff

	Mittel zur Verfügung; weitere Anstrengungen zur Einwerbung von Mitteln sollen unternommen werden.	
Gleichberechtigter Zugang zu städtischen Regeleinrichtungen (Horte, Nachmittagsbetreuung); Ausbau von Ganztagsbetreuung	In den Berichtszeitraum fiel auch der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in freien und gebundenen Ganztagsgrundschulen. Migrantenkinder profitieren in hohem Maße davon.	Konsequenter Ausbau der Ganztagsbetreuung
Verbesserung der Elternarbeit	Das ZIB hat teilweise eigene Elternabende durchgeführt, teilweise KulturmittlerInnen an Schulen eingesetzt; Projekte freier Träger (z.B. Hippy und Obstapje beim BürgerInnenZentrum Brebach) arbeiten unmittelbar mit Eltern zusammen; Migrantenorganisationen bieten sich als Partner von Bildungseinrichtungen an und leisten selbst wichtige Beiträge zum Empowerment von Eltern; Regionalverband hat ehrenamtliche „Bildungsbeauftragte“ mit Migrationshintergrund geschult.	Eine Befragung von Eltern und Schulen in Malstatt im Schuljahr 2012/2013 soll genauere Erkenntnisse zur Beteiligung von Eltern am Bildungsweg ihrer Kinder bringen und neue Impulse setzen.
Teilnahme von Mädchen am Sport- und Schwimmunterricht fördern	Erprobung von Empowerment-Strategien: insbesondere mit dem „Frauenschwimmen“ in Altenkessel konnten viele Mädchen (und ihre Mütter) an das Schwimmen herangeführt werden; es haben auch verschiedene Projekte zur Förderung des Anteils von Mädchen an anderen Sportarten (Fußball etc.) durch freie Träger und Jugendamt RV stattgefunden.	Fortführen und Verstetigen
Interkulturelle Konzepte in Kitas und schul-kulturellen Angeboten weiterentwickeln	Die Schulkultur hat ein dezidiert interkulturelles Profil (vgl. Konzept, <a href="http://www.saarbruecken.de/schulkultur">www.saarbruecken.de/schulkultur</a> ). Die städtischen Kitas verfolgen seit vielen Jahren interkulturelle Ansätze. Dabei wird darauf geachtet, keine Kulturalisierung vorzunehmen.	Fortführen

## **Einschätzung:**

Zur Entwicklung beim Thema „Frühkindliche Sprachförderung“: vgl. ausführliche Darstellung in der Verwaltungsvorlage VWT 1307/11 (*Frühkindliche Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Saarbrücken, Bericht des Amtes für Kinder und Bildung*).

Hier konnten erste Erfolge durch die Erhöhung des Mittelansatzes und die Einwerbung von weiteren Geldern erzielt werden. Hieran gilt es weiterzuarbeiten. Aus Sicht des Fachamts und des ZIB kann eine befriedigende Situation allerdings langfristig erst durch einen deutlich höheren Personalschlüssel und die nachhaltige Qualifizierung der MitarbeiterInnen für frühkindliche Sprachförderung, in Kombination mit zusätzlichen, spezifischen Angeboten in den Einrichtungen erreicht werden.

Jede Schule, die zur Ganztagschule wird, erhöht die Bildungschancen der Kinder auch mit Migrationshintergrund. Eine interessante Feststellung konnte man im Stadtteil Brebach machen: Durch die Stärkung des Ganztagschulstandortes und die intensive Elternarbeit im Stadtteil (BürgerInnenZentrum, Türkischer Elternbund etc.) wird die Ganztagschule inzwischen sehr gut angenommen. Auch von Seiten der Migrantenfamilien gibt es kaum mehr Anmeldungen zum Halbtagschulbetrieb.

Vielversprechend sind auch die Ansätze zur Entwicklung „kommunaler Bildungslandschaften“ in den Stadtteilen (derzeit Beginn in Alt-Saarbrücken). Hiervon ist eine systematische Verbesserung der Bildungsübergänge und der Vernetzung der Bildungsangebote zu erhoffen. Die Bildungserfolge gerade von Migrantenkindern hängen nachweislich stark von diesen Faktoren ab.

Migrantenorganisationen engagieren sich durch Elternarbeit, Vermittlung, Schulprojekte, selbstorganisierte Hausaufgabenbetreuung etc. in der Bildungsarbeit. Ihr Beitrag ist nicht hoch genug einzuschätzen. Durch die ständig knapper werdenden öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten und die Konkurrenz um Fördermittel mit den etablierten Trägern sind sie jedoch oft nur unzulänglich mit Ressourcen ausgestattet.

## 2. Sprachförderung<sup>7</sup>

Als Ziele wurden im Konzept formuliert:

- Die vorhandenen Angebote sind bekannt und leicht identifizierbar.
- Die Akteure im Bereich der Sprachförderung sind untereinander vernetzt und arbeiten gemeinsam an der Qualität ihrer Angebote.
- Vorhandene Förderlücken werden identifiziert und durch geeignete Angebote und Konzepte geschlossen.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Umsetzung Integrationskurse (Zuständigkeit: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)	Es hat sich gezeigt, dass sich der „Markt“ der Deutschkursanbieter bereinigt hat; eine Fortführung des 2005 zunächst vom ZIB initiierten AK Integrationskurse war nicht erforderlich. Das ZIB informiert auf seiner Webseite regelmäßig über aktuelle Kurse in SB.	Kundenfreundliche Information über aktuelle Angebote verbessern (Internet, Beratungsstellen); Angebote auch für nicht primär berechnete Zielgruppen machen
Kooperation mit Saar- Uni (DaF) und Fortbildung	Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Träger im Bereich Deutsch als Fremdsprache haben mehrfach stattgefunden	Fortführung nur noch nach Bedarf und Möglichkeiten
Gesamtsprachförderkonzept für die LHS (für unterschiedliche Zielgruppen und Altersgruppen)	ist in Ansätzen vorhanden (insbesondere gut ausgearbeitete Bausteine zur frühkindlichen Sprachförderung);  Ergänzende Angebote wurden entwickelt: „Deutsch im Museum“; „Deutsch in der Stadtbibliothek“  Durch Zuschüsse konnten im Einzelfall zielgruppenspezifische Kurse abgesichert werden (Frauenkurse im DAJC, Mütterkurse an der Turmschule in Dudweiler, kleine Sprachkurse von Vereinen)	notwendig sind nach wie vor ergänzende Angebote zu Integrationskursen; Konversationskurse, niedrigschwellige Kurse  Absicherung des erfolgreichen Projektes „Mercator“ an Berufsschulen (Träger: Uni/Deutsch als Fremdsprache) ist dringend geboten!

<sup>7</sup> Konzept S. 36 ff

## **Einschätzung:**

Die Umsetzung der Integrationsprogramme (Integrationskurse des BAMF, berufsbezogene Deutschkurse) hat sich eingespielt. Über Versorgungslücken oder Umsetzungshindernisse wird regelmäßig im Arbeitskreis „MIA“ beraten. Eine Grundversorgung für Erwachsene ist damit im Wesentlichen gewährleistet.

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Deutschlernen ein Prozess ist, der nach dem Absolvieren eines maximal 900 Stunden umfassenden Kurses nicht abgeschlossen ist. Für den Einstieg in den Beruf genügt das in der Regel nicht, so dass hier die Herausforderung im berufsbezogenen Fachsprachenunterricht liegt.

Für Personen, die nicht oder nur teilweise berufstätig sind, ist es wichtig, die Sprechfertigkeit im Alltag aufrechtzuerhalten und zu verfestigen. Dafür sind Kommunikationsanlässe entscheidend. Diese können einerseits entstehen, indem möglichst viele Orte und Gelegenheiten der Begegnung mit deutschsprachigen Menschen geschaffen werden, und andererseits indem eine ausreichende Zahl an themen-, stadtteil- und zielgruppenbezogener Konversationskursen angeboten wird.

Beides wird von engagierten Trägern der Integrationsarbeit und sozialen Arbeit soweit wie möglich geleistet, steht und fällt aber immer wieder mit der Finanzierung.

Eine Lösung muss dringend auch gefunden werden für die Weiterführung des Projektes zur Deutschförderung an Berufsschulen, das die Universität des Saarlandes (Lehrstuhl Deutsch als Fremdsprache) bislang aus Mitteln der Mercator-Stiftung sehr erfolgreich durchgeführt hat. Dieses Projekt ist derzeit stark gefährdet.

### 3. Arbeitsmarktintegration und Soziales<sup>8</sup>

**Leitsatz:**

*Migrantinnen und Migranten erhalten die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die sie brauchen, um ihre Potenziale in angemessener Weise entfalten zu können.*

<b>Als Strategien und Maßnahmen wurden empfohlen:</b>	<b>Als Maßnahmen sind erfolgt:</b>	<b>Als nächste Schritte werden empfohlen:</b>
Kompetenznetzwerk „Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen“; Verbesserung des Schnittstellenmanagements	SIMA konnte weiter stabilisiert werden (Bundesmittel)  Antidiskriminierungsforum zur Begleitung des AGG hat sich gegründet  Teilnahme am Projekt „Integration verbindlicher Machen - Integrationsvereinbarungen“ der Bundesintegrationsbeauftragten  Anerkennungsgesetz auf Bundesebene beschlossen (wurde insb. durch IQ-Netzwerk vorangetrieben)	Institutionalisierung des Antidiskriminierungsforums  Abschluss Ende 2012, Auswertung und Versteigerung der Ergebnisse  Saarländisches Anerkennungsgesetz durch Landtag verabschieden
Orientierungs- und Informationsveranstaltungen für bestimmte Zielgruppen, insb. internationale Studierende	1 x jährlich Infoveranstaltung „Arbeiten in Deutschland nach dem Studium?“ für internationale Studierende; Initiative ging von ZIB aus; Kooperation mit Arbeitsagentur und Regionaldirektion	Fortführen
Verbindungen zwischen Migrantenorganisationen und Institutionen	Sprachmittler/Kulturmittler/BrückenbauerInnen: mehrere Treffen mit Behörden und Einrichtungen zum Kennenlernen (Jugendamt, andere Ämter, IMMIGRA)	Fortführen; mehr Finanzierungsmöglichkeiten finden

<sup>8</sup> Konzept S. 38/39

<p>Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistiken werden unter dem Gesichtspunkt „Migrationshintergrund“ besser aufeinander abgestimmt</p>	<p>Ist auf kommunaler Ebene nur bedingt möglich; insgesamt jedoch deutlich verbesserte Datenlage bei der Bevölkerungsstatistik durch Bemühungen des städt. Amtes für Statistik und Wahlen</p>	<p>Bessere statistische Zugriffsmöglichkeiten schaffen</p>
<p>GWA als Partner der Integrationsarbeit gewinnen</p>	<p>Projekt IBIS; zahlreiche Kooperationen zwischen LHS und GWA mit Migrationsbezug; Beilage „Saarbrücken international“ in den Stadtteilzeitungen</p>	<p>Kooperationen fortführen</p>
<p>Mehr MigrantInnen bei der LHS (vgl. dazu auch den Bericht des Personal- und Organisationsamtes weiter unten)</p>	<p>Strukturell nach wie vor schwierig, da wenig Einstellungen und hoher Konkurrenzdruck mit den BewerberInnen ohne Migrationshintergrund.</p> <p>Erste Erfolge bei Einstellung von Azubis mit Migrationshintergrund (siehe Bericht Personalamt weiter unten).</p> <p>Deutlich mehr PraktikantInnen mit Migrationshintergrund.</p> <p>Bürgerarbeitsplätze bei der LHS 2011/2012: Durch die enge Vorauswahl der BewerberInnen durch das Jobcenter ist es leider nicht gelungen, MigrantInnen auf den 11 Bürgerarbeitsplätzen einzustellen.</p>	<p>Zwischenbilanz ziehen (Auswertungsgespräch innerhalb der Verwaltung); weitere Verbesserungsmöglichkeiten beim Zugang zu ausgeschriebenen Stellen prüfen; institutionelle Hindernisse verringern; abgestimmtes Vorgehen mit allen beteiligten Stellen notwendig.</p> <p>Werbung verstärken; dabei ist auch ein stärkeres Engagement von Migrantenorganisationen und Integrationsbeirat notwendig.</p>

**Kurzbericht des Personal- und Organisationsamtes der LHS zur Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund:**

Seit dem Ausbildungsjahr 2008 werden im Verwaltungsfachbereich jährlich 2 Ausbildungsstellen für BewerberInnen mit Migrationshintergrund bereitgestellt. Jede/r vierte Saarbrücker BürgerIn (und bei Kindern und Jugendlichen teilweise schon jeder dritte oder zweite) hat einen Migrationshintergrund. Um dieses tatsächliche Verhältnis unserer Gesellschaft auch in unserer Verwaltung widerzuspiegeln, wurde diese Aktion ins Leben gerufen.

Die BewerberInnen mit sog. Migrationshintergrund<sup>9</sup> durchlaufen ein „eigenes“ Verfahren, d. h. sie konkurrieren lediglich mit BewerberInnen, die unter den Migranten-

<sup>9</sup> Mit dem ZIB folgendermaßen definiert: Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit des/der Bewerbers/in oder beide Elternteile sind zugewandert oder beide Elternteile besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit oder eine Kombination des vorangehenden.

begriff fallen. Inhaltlich entspricht das Auswahlverfahren dem des allgemeinen Verfahrens.

Es wurden hierdurch besetzt: 2008 →1, 2009 →2, 2010 →2, 2011→2, 2012 →2 (+1 im allg. Verfahren) Ausbildungsstellen durch Azubis mit Migrationshintergrund (im Verwaltungsfachbereich).

Im gehobenen Dienst hat sich 2008 ein Bewerber mit Migrationshintergrund im allgemeinen Verfahren durchgesetzt und wurde eingestellt.

Geworben wird in den Stellenausschreibungen mit dem Zusatz „*Gern nehmen wir Bewerbungen von nicht deutschen InteressentInnen entgegen.*“ Des Weiteren werden die Ausschreibungstexte dem Zuwanderungs- und Integrationsbüro zur Verfügung gestellt, mit der Bitte gezielt hierfür zu werben.

#### Rückmeldungen für den Bereich Praktika

Mit einer Dokumentation der BewerberInnen mit Migrationshintergrund wurde erstmals Mitte 2011 begonnen. Jeder Bewerber / jede Bewerberin erhält mit der Zusage für einen Praktikumsplatz einen Fragebogen, der auf freiwilliger Basis ausgefüllt werden kann. Erfasst werden folglich nicht die Bewerber um einen Praktikumsplatz, sondern nur diejenigen, die eine Zusage erhalten und den Fragebogen freiwillig ausfüllen.

40 Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund erhielten in 2011 eine Praktikumszusage. Hiervon hatten 18 BewerberInnen einen Migrationshintergrund mit deutscher Staatsangehörigkeit. Geburtsländer eines Elternteils oder der BewerberInnen waren: Albanien, Algerien, Jugoslawien, Kasachstan, Libanon, Nigeria, Philippinen, Russland, Slowenien, Sri Lanka, Türkei, Ukraine, Vietnam.

Folgende Nationalitäten waren bei den 22 BewerberInnen vertreten, die einen Migrationshintergrund, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben: Afghanisch, Bosnisch-Herzegowinisch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Koreanisch, Libanesisch, Polnisch, Türkisch, Tunesisch, Ukrainisch.

#### 4. Existenzgründung und lokale Ökonomie<sup>10</sup>

Als Ziele wurden im Konzept formuliert:

- *Die Existenzgründung von Migrant/innen wird als Baustein einer aktiven Bemühung um Integration und Sicherung des Lebensunterhalts anerkannt.*
- *Eine ethnisch geprägte lokale Ökonomie wird als Chance zur Aufrechterhaltung der Nahversorgung in den Stadtteilen gesehen und in Stadtteilentwicklungskonzepten einbezogen.*
- *MigrantInnen erhalten alle notwendigen Informationen und Unterstützung, um eine solide Basis zu haben, auf der sie ihre Gründungsentscheidung treffen können.*
- *Es entsteht eine tragfähige Vernetzung unter den relevanten Institutionen, die die Grundlage für den Abbau von Defiziten in der Beratungsstruktur bildet.*

<b>Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:</b>	<b>Als Maßnahmen sind erfolgt:</b>	<b>Als nächste Schritte werden empfohlen:</b>
Fachtagung Existenzgründung von MigrantInnen	bereits geschehen im Rahmen von SIMA im Mai 2007	
Fachgespräch und Aufbau von Netzwerkstrukturen	Aufbau eines Netzwerks mit SOG u.a. ist über XENOS (Diakonisches Werk) geschehen; wurde nach Projektende nicht weitergeführt	Das Amt für Wirtschaftsförderung hat eine Veranstaltung für Existenzgründer mit Migrationshintergrund in nächster Zeit angekündigt.
Kooperation und Unterstützung bei Projekten von Dritten	Initiative wurde insbesondere durch Diakonisches Werk/XENOS in Malstatt ergriffen; LHS hat hier regelmäßig kooperiert; die dortige Stadtteilwerkstatt hat ExistenzgründerInnen mit Migrationshintergrund sehr niedrigschwellig beraten; konnte nach Projektende nicht weitergeführt werden; Beratung wird zurzeit in geringem Umfang durch SIMA abgedeckt.	Niedrigschwellige, migrationsensible Beratung nach dem Modell der Kompetenzwerkstatt wieder aufbauen und finanziell absichern.
Ethnische Ökonomie als Chance für Stadtteilentwicklung	Modellhaft wird das Thema derzeit im Rahmen des Projektes „Burbacher Märkte“ diskutiert und entwickelt	

<sup>10</sup> S. 40/41

## 5. Stadtplanung, Wohnen und Nutzung des öffentlichen Raums<sup>11</sup>

### Leitsatz:

*Tendenzen einer ethnischen Segregation müssen künftig genauer beobachtet werden, wobei anerkannt wird, dass nicht jede wohnräumliche Segregation als Indiz für mangelnde Integration zu werten ist. Stadtplanung und Stadtentwicklung berücksichtigen die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung.*

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt	Als nächste Schritte werden empfohlen:
<p>Beobachtung der Entwicklungen in den Stadtteilen und Maßnahmen im Rahmen abgestimmter Strategien;</p> <p>Vernetzung der Akteure</p>	<p>Mitwirkung des ZIB und Akteuren der Integrationsarbeit (Migrantenorganisationen, Beratungsstellen etc.) an Stadtteilentwicklungskonzepten und ihrer Umsetzung; Verankerung von Integration als Querschnittsthema in den Stadtteilen.</p> <p>Bezüge hergestellt zwischen Stadtteilentwicklungskonzepten und Lokalem Aktionsplan „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“</p>	<p>Stadtteilmonitoring aufbauen</p> <p>Maßnahmen lt. Stadtteilentwicklungskonzepte umsetzen (Finanzierung sicherstellen!)</p>
<p>Einbindung von Eigentümern mit Migrationshintergrund in Aktivitäten zur Stadtteilentwicklung.</p>	./.	<p>Entwicklung von Strategien z.B. im Zusammenhang mit Projekt Füllengarten (Dialogverfahren im Rahmen des vhw-Städtenetzwerks)</p>
<p>Workshop zum Thema „Wie wollen die Menschen wohnen?“</p>	<p>Nicht-repräsentative Wohnbefragung von MigrantInnen durch GIM</p>	
<p>Aktive Einbeziehung von Migrant/innen in Beteiligungsverfahren</p>	<p>Projekt IBIS: Grundlagen der Beteiligung vermittelt (Workshop „Plane deine Stadt!“)</p> <p>Methode Community Organizing vorgebracht (Projekte „Bottom up“ in Malstatt und „MigrantInnen mischen mit“)</p>	<p>Methode verstetigen</p>
<p>Schaffung von Orten der Begegnung <i>und</i> Räumen für individuelle Aneignung im öffentlichen Raum</p>	<p>Orientalischer Markt</p> <p>Interkultureller Garten</p>	<p>Öffnung von Grünflächen für BürgerInnen in Alt-Saarbrücken (vgl. Stadtteilentwicklungskonzept)</p>

<sup>11</sup> Konzept S. 42

## Hintergrundinformation: Räumliche Verteilung der segregierten Distrikte

*Auszug aus dem Bericht von Frank Schmitz (Amt für soziale Angelegenheiten/Sozialplanung) über die Ungleichverteilung sozio-ökonomischer Lebenslagen in Saarbrücken (24.6.2011)*

Die privilegierten Distrikte liegen einesteils an den Hängen nordöstlich (Rotenbühl, Am Homburg) und südlich (Triller, Reppersberg, Winterberg) der Innenstadt. Der andere Teil der bessergestellten Distrikte liegt im dörflich-ländlich geprägten Osten (Scheidterberg, Bischmisheim, Ensheim, Eschringen, Fechingen, Bübingen, Alt-Güdingen) und Südwesten (Kruhhütte, Neu-Aschbach) der Großstadt.

Die benachteiligten Gebiete liegen teils im dicht besiedelten, ehemals stark industrialisierten Westen (Unteres Malstatt, Jenneweg, Leipziger Str., Hochstr., Füllengarten, Ottstraße, Malstatter Straße) und etwas außerhalb am Südrand der Stadt (Glockenwald, Wackenberg). Brebach im Osten ist ebenfalls ein „Industriedorf“, Dudweiler Mitte ist das Zentrum der in den 1970ern eingemeindeten Kleinstadt Dudweiler im Norden von Saarbrücken.

In der Gruppe der privilegierten Distrikte ist jeder sechste Bewohner Ausländerin bzw. Ausländer oder Deutsche bzw. Deutscher mit Migrationshintergrund.

Für die Gesamtstadt trifft dies auf nicht ganz jeden vierten und für die benachteiligten Distrikte auf gut jeden dritten Bewohner zu.

Den bei weitem höchsten Anteil weist das Untere Malstatt auf, wo fast jeder zweite Bewohner seine Wurzeln im Ausland hat. Der Wackenberg liegt mit 22 % als einziger der benachteiligten Distrikte unter dem städtischen Durchschnitt von 24,2 %. Unter der 10 %-Marke liegen die beiden bessergestellten Distrikte Neu-Aschbach (8,9) und Eschringen (9,2).

	Ausländer (12/2010)	Deutsche mit Migr.hintergrund (12/2010)	Summe
Privilegierte Distrikte 41.913 Einw. (12/2010)	8,0 % (Spanne: 4,0 – 13,1)	8,0 % (4,5 – 11,8)	16,0 % (8,9 – 21,2)
Benachteil. Distrikte 41.207 Einw. (12/2010)	18,9 (10,2 – 28,6)	15,5 (9,1 – 24,2)	34,4 (22,0 – 48,7)
Gesamtstadt Sbr. 178.194 Einw. (12/2010)	13,3	10,9	24,2

## 6. Sozialraumorientierte Integrationsarbeit<sup>12</sup>

### Leitsatz:

*MigrantInnen haben Teil an den Chancen quartiersbezogener Arbeit.*

### Ziele

- MigrantInnen kennen die Institutionen und Strukturen vor Ort und nehmen sie in Anspruch.
- MigrantInnen bringen sich aktiv in die Gestaltung des Zusammenlebens im Quartier ein.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte sind geplant:
Die Institutionen im Stadtteil definieren MigrantInnen ausdrücklich als Zielgruppe ihrer Arbeit	GWA-Zielvereinbarungen; dort ist Migration als Thema verankert worden; Berichterstattung im Rahmen von Bilanzgesprächen	Indikatoren gestützte Berichte
Die Akteure im Stadtteil setzen sich mit Migration auseinander. Sie überprüfen ihre Konzepte auf geeignete Strategien, um MigrantInnen zu erreichen.	IBIS und Folgeprojekte  Thema Migration wurde als Querschnittsthema in Stadtteilentwicklungskonzepten eingearbeitet und bei Stadtteilkonferenzen und Runden Tischen verankert	Fortführen und in verschiedenen Handlungsfeldern konkretisieren (von frühe Hilfen bis Seniorenarbeit)
Identifizieren von Schlüsselpersonen aus Migrant communities; Einbinden von MigrantInnenorganisationen; Einsatz von SprachmittlerInnen; Zusammenarbeit mit Migrationsdiensten	Zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen Stadtteilinstitutionen (GWA u.a.), LHS und MigrantInnenorganisationen  Stadtteilorientierte Migrationsberatung: Ansiedlung von Beratungsstelle für binationale Familien (iaf) bei Stadtteilbüro Alt-Saarbrücken	Finanzierung des Einsatzes von Sprach-/KulturmittlerInnen absichern
Stadtteilentwicklungskonzepte	Verankerung von Integration als Querschnittsthema; intensive Mitwirkung von ZIB an Entwicklung und Umsetzung von Stadtteilentwicklungskonzepten; Einbindung von MSO in Akteursbeteiligung	Fortführen bei weiteren Entwicklungskonzepten (Folsterhöhe, Dudweiler etc.)

<sup>12</sup> Konzept S. 44

<p>Stadtteil-/sozialraumbezogene Projekte</p>	<p>Insbesondere dort, wo entsprechende Förderprogramme zur Verfügung standen, konnten Projekte erfolgreich realisiert werden: Soziale Stadt in Brebach und Burbach; „Stärken vor Ort“ in Malstatt; „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (z.B. interreligiöser Dialog auf Stadtteilebene, Roma-Projekt in Burbach etc.).</p> <p>Zahlreiche andere Projekte von Vereinen, Verbänden, Initiativen. Eine vollständige Übersicht aller stadtteilbezogenen Projekte mit Bezug zu Migration ist hier nicht möglich.</p>	<p>Strategien entwickeln, wie nach Ende der Programme „Soziale Stadt“, TFKS etc. Projekte weiterfinanziert bzw. neue Projekte ermöglicht werden können.</p>
---	--	---

## 7. Migrantinnen<sup>13</sup>

### Leitsatz:

*Frauen mit Migrationshintergrund sind am Integrationsprozess im selben Umfang beteiligt und haben dieselben Integrationschancen wie Männer. Ihre Integration ist nicht das Ergebnis von Zufällen, sondern sie werden systematisch von Integrationsangeboten erreicht.*

### Ziele:

- Migrantinnen nehmen ihr Leben selbst in die Hand.
- (Frauen)beratungsstellen vollziehen eine interkulturelle Öffnung und bauen Zugangsbarrieren ab.
- Es ist sichergestellt, dass ausreichende Strukturen bestehen, um Migrantinnen in Konflikt- und Gewaltsituationen zu schützen.
- Migranten und Migrantenorganisationen beteiligen sich aktiv an der Präventionsarbeit gegen Gewalt an Frauen.
- Strukturelle Benachteiligungen werden ermittelt und abgebaut.
- Migrantinnen haben ausreichend Gelegenheit zum Austausch und zur Kommunikation mit einheimischen Frauen.
- In der Öffentlichkeit entsteht ein differenziertes Bild davon, wie Migrantinnen leben.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Ressourcen von Migrantinnen werden gestärkt und ausgeschöpft	Potenzialanalyse und Pilotphase für den Aufbau des Netzwerkes „MiNet“ – Mentoring für Migrantinnen (Frauenbibliothek, Frauenbüro, ZIB, Frauenrat)  Gesundheits- und Empowermentprojekte: Frauenschwimmen, Fahrradkurse etc.	Projekt aus Modellphase in Verstetigung überführen; Finanzierung sichern  Fortführen, auf andere Bereiche ausweiten und verstetigen
Vernetzung der Hilfsangebote; Transfer zwischen Expertinnenwissen der Migrationsfachstellen und Frauenberatungsstellen	AK Migrantinnen: Austausch, kollegiale Beratung durch Co-Vision, gemeinsame Fortbildung, öffentliche Veranstaltungen  Alle zwei Jahre Veranstaltung „Frauenwelten“  Infobroschüre, Stadtkarte, Rundgang und Vorträge über „Hilfen für Migrantinnen in Konfliktsituationen“	Fortführen

<sup>13</sup> Konzept S. 46

<p>In der Öffentlichkeit entsteht ein differenziertes Bild davon, wie Migrantinnen leben.</p>	<p>FrauenThemenMonat Migration 2010;                  Buch „Collagen. Vom Gehen und Kommen“ über Saarbrücker Migrationsgeschichte(n)                  Plakatkampagnen, Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen etc.                  Jährliche Durchführung der Interkulturellen Wochen                  Thema Migration in den Stadtteilzeitungen verankert</p>	<p>Projekt „Schreibwerkstatt für JournalistInnen“ mit Saarl. Journalistenverband</p>
<p>Kommunikationsangebote, Sprachkurse, Kommunikationskurse</p>	<p>Frauengruppen, Gesprächskreise (Burbach, Brebach, Dudweiler/Turmschule, DAJC etc.)</p>	<p>Finanzierung verbessern</p>

## 8. Ältere MigrantInnen<sup>14</sup>

### Leitsatz:

*Ältere MigrantInnen sollen Zugang zu den Institutionen der Altenhilfe erhalten und die Unterstützung bekommen, die sie für ein würdevolles Leben brauchen.*

### Ziele:

- Informationsdefizite bei den älteren MigrantInnen selbst, ihren Angehörigen und den Trägern der Altenhilfe werden behoben
- Die Öffentlichkeit wird für das Thema und mögliche Problemlagen sensibilisiert
- Es entstehen Vernetzungsstrukturen zwischen „Spezialdiensten“ für MigrantInnen, Regeldiensten und Migrantenselbstorganisationen
- Die Einrichtungen der Altenhilfe öffnen sich interkulturell
- Ältere MigrantInnen entwickeln Aktivitäten zur Selbsthilfe bzw. finden Zugang zu bestehenden Selbsthilfestrukturen

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
<p>Öffentlichkeit wird sensibilisiert und Informationsdefizite werden behoben</p> <p>Vernetzungsstrukturen (Fachdienste, Migr.dienste, Migrantenorganisationen etc.) werden optimiert</p>	<p>Seniorenpolitisches Konzept; Durchführung eines Beteiligungsworkshops</p> <p>Sonderbefragung älterer MigrantInnen im Rahmen der Befragung von Saarbrücker BürgerInnen „50+“</p> <p>Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe 2005</p> <p>Kampagne „Schön, dass Sie da sind“ anlässlich 50 Jahre Saarland</p>	<p>Verabschiedung und schrittweise Umsetzung</p> <p>Wiederaufnehmen und mit Maßnahmen hinterlegen</p>

<sup>14</sup> Konzept S. 50

<p>Einrichtungen öffnen sich interkulturell;</p> <p>Es entstehen Selbsthilfeaktivitäten</p> <p>MigrantInnen finden besser Zugang zu den bestehenden Strukturen.</p>	<p>Hier haben einige freie Träger durch stadtteilbezogene Projekte erste Schritte geleistet: z.B. „Älter werden im Stadtteil“, BürgerInnenZentrum Brebach.</p> <p>Weitere Einzelprojekte, z.B. Paul Marien Hospiz und ZIB: „Umgang mit Sterben, Tod und Trauer in verschiedenen Kulturen und Religionen“</p>	<p>Wissenstransfer in andere Stadtteile; Impulsprojekte;</p> <p>ggfs. (Wieder-)Aufbau eines Netzwerks migrationsensible Seniorenarbeit und Altenhilfe</p>
<p>Junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an eine Ausbildung in Pflegeberufen heranführen</p>	<p>Träger werben inzwischen gezielt um MigrantInnen (z.B. SHG)</p> <p>Öffentliche Sensibilisierung für das Thema durch Veranstaltungsreihe „Migration und Gesundheit“ 2011 von Ramesch e.V.</p>	

**Einschätzung:**

Mit der Beteiligung der Stadt und freier Träger an der bundesweiten Initiative „Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe“ wurde 2005 ein guter Anfang gemacht. Federführend war das Diakonische Werk (BürgerInnenZentrum Brebach) im Rahmen eines Soziale-Stadt-Projektes. Mit dem Ende der Projektzeit konnte der damals gesetzte Impuls für eine Vernetzung und die Entwicklung gemeinsamer Strategien nicht aufrechterhalten werden. Hier gilt es wieder anzusetzen.

Die demografische Entwicklung erzeugt dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich. Bei der Erarbeitung des seniorenpolitischen Konzepts der Stadt wurde das Thema als Querschnittsaufgabe aufgegriffen. Nun sind konkrete Umsetzungsschritte erforderlich, bei denen die Belange von MigrantInnen – sofern sie von denen der Mehrheitsgesellschaft abweichen – Berücksichtigung finden. Hier sind eine Vielzahl von Akteuren gefragt: LHS, Regionalverband, Land, Träger der Seniorenarbeit und Pflege, Migrantorganisationen etc.

## 9. Gesundheitsförderung<sup>15</sup>

### Ziele:

- Das Bewusstsein für die spezifischen Belange von Migrantinnen und Migranten im Gesundheitswesen und in der Gesundheitsförderung steigt
- Die MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens wissen um kulturspezifisch geprägte Unterschiede im Verständnis und Umgang mit Gesundheit und Krankheit und berücksichtigen diese Aspekte im Kontakt mit Patienten und Angehörigen.
- MigrantInnen nehmen Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention stärker wahr (z.B. Schutzimpfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Beratung, Selbsthilfegruppen)
- Beratungsstellen und Dienstleister aus Migrationsarbeit und Gesundheitswesen profitieren vom jeweiligen Spezialwissen der anderen.
- Mangelnde Deutschkenntnisse sind kein Zugangshindernis bei der Wahrnehmung von Angeboten und Dienstleistungen des Gesundheitswesens.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Sensibilisierung von MitarbeiterInnen im Gesundheitswesen	Träger im Gesundheitsbereich (SHG, CTS; Beratungsstellen wie Pro Familia etc.) führen eigene Maßnahmen durch  Schwerpunktthema „Migration und Gesundheit“ 2011 des Vereins Ramesch	
MigrantInnen nehmen Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention stärker wahr	Veranstaltung „Frauenwelten“ (AK Migrantinnen/ZIB)  Spezifische Gesundheitsangebote wie Frauenschwimmen, Fahrradkurse, Gymnastikkurse etc.	Fortführen  Fortführen

<sup>15</sup> Konzept S. 52

### **Einschätzung:**

Die Gesundheitsförderung liegt bei der LHS im Zuständigkeitsbereich der entsprechenden Fachstelle. Das ZIB konnte mangels Ressourcen auf die Entwicklung von Strategien für eine migrationssensible Gesundheitsförderung in den letzten Jahren keinen eigenen Schwerpunkt liegen.

Es gibt jedoch eine Reihe von Aktivitäten von Trägern der Gesundheitsförderung oder der Integrationsarbeit in diesem Bereich.

Einige Beispiele: So bereitet die KISS ein Projekt zur Selbsthilfe von MigrantInnen im Gesundheitswesen vor; die SHG wirbt aktiv um MigrantInnen für eine Ausbildung in Gesundheits- und Pflegeberufen; der Verein Ramesch hat eine Vortragsreihe zum Thema Migration und Gesundheit durchgeführt; die Internetseite [www.mige-saar.de](http://www.mige-saar.de), die von der LAGS betreut wird, informiert über fremdsprachige Angebote im Gesundheitswesen im Saarland; die Ärztedatenbank der Kassenärztlichen Vereinigung informiert über Fremdsprachenkenntnisse in Arztpraxen; freie Träger (Vereine, Verbände etc.) führen Projekte und Informationsveranstaltungen zu Gesundheitsthemen im Migrationskontext durch.

Hier gilt es künftig, eine systematische Strategie für bessere Vernetzung und abgestimmtes Handeln zu entwickeln. Das ist eine Aufgabe, für die allerdings nicht die Stadt in erster Linie zuständig ist.

## 10. Kommunale Kulturarbeit<sup>16</sup>

### Leitsatz:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken verfolgt das Ziel, Migrantinnen und Migranten aktiv an das kulturelle Leben der Stadt heranzuführen und sie umgekehrt bei der Entfaltung ihrer musisch-kulturellen Potenziale zu unterstützen.*

### Ziele:

- MigrantInnen werden stärker an Kulturangebote in Saarbrücken herangeführt
- Kultur- und Bildungseinrichtungen werden als Lernorte im Migrationskontext weiter erschlossen und nutzbar gemacht
- Es entstehen vielfältige „Orte der Kommunikation“
- Die Ressourcen ausländischer Kulturschaffender und Vereine werden sichtbar gemacht und gefördert

Als Strategien und Maßnahme wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
MigrantInnen werden als AdressatInnen von Kultur- und Bildungsangeboten gezielt angesprochen	Es gab verschiedene Treffen und Besprechungen sowie eine Podiumsdiskussion mit Kultureinrichtungen in der Stadt über die Entwicklung entsprechender Strategien (Staatstheater, Museen, Musikschule etc.); in der Folge konnten eine Reihe von Kooperationen realisiert werden	Ausweiten auf weitere Kulturinstitutionen
Kultureinrichtungen (Museen, Bibliotheken etc.) werden als Lernorte, z.B. zur Unterstützung beim Spracherwerb, genutzt	<p>Projekte mit Saarlandmuseum: „Deutsch lernen im Museum“ und interreligiöse Pilgerausstellung</p> <p>Projekte mit Stadtbibliothek: Deutsch lernen in der Stadtbibliothek/Führungen für MigrantInnen (Beschäftigung einer Mitarbeiterin mit Migrationshintergrund)</p> <p>Projekte und Veranstaltungen mit Frauenbibliothek</p> <p>Projekte mit Staatstheater Veranstaltungen mit Filmhaus</p> <p>Projekte mit dem „KuBa“ (Kulturzentrum am Eurobahnhof)</p>	Fortführen und Verstetigen; weitere Kooperationen vorantreiben (Musikschule, Chorverband etc.)

<sup>16</sup> Konzept S. 54

<p>Ausländische Kulturschaffende und Vereine werden gefördert</p>	<p>Schulkulturelle Projekte Zuschüsse an Vereine</p>	<p>Fortführen Überprüfen, ob mehr Zuschüsse möglich sind</p>
<p>Es werden Gelegenheiten zur Selbstrepräsentation von MigrantInnen und zur interkulturellen Begegnung geschaffen: z.B. bei Stadt- und Stadteilfesten, Karneval der Kulturen</p>	<p>Einige Umsetzungsbeispiele aus den letzten Jahren:  CULTURIO – Karneval der Kulturen (Studenteninitiative, unterstützt durch LHS)  Beschwerdechor LAMENTO!  Interkultureller Chor „Stimmenvielfalt“  La Paloma-Revue (Verein Denkwerkstadt) beim Altstadtfest 2012  Orientalischer Markt  Interkulturelle Wochen  logistische Unterstützung und Bezuschussung der kulturellen Aktivitäten von MigrantInnenorganisationen</p>	

### Einschätzung:

Die Kulturinstitutionen in Saarbrücken haben sich in den letzten Jahren als wichtige Partner für die Umsetzung der o.g. Ziele erwiesen. Aus verschiedenen Gesprächen mit den Verantwortlichen – etwa von Staatstheater, Stadtbibliothek, Saarlandmuseum, Theater im Viertel – sind gute und zukunftsweisende Impulse für die Zusammenarbeit entstanden. Dabei ging es im Wesentlichen darum, MigrantInnen an das kulturelle Leben in der Stadt stärker heranzuführen und Zugangshindernisse abzubauen. An einigen Standorten, wie etwa dem Bürger- und Kulturzentrum Breite 63, haben sich ohnehin besondere interkulturelle Schwerpunkte gebildet.

Umgekehrt sorgen MigrantInnen selbst für einen unentbehrlichen Teil des Kulturlebens der Stadt. Die LHS bindet die Kulturschaffenden ausländischer Herkunft so oft wie möglich ein (z.B. in schulkulturelle Projekte, Stadtfeste etc.), und sie bezuschusst die Arbeit der auch auf dem Kultursektor tätigen Vereine nach Möglichkeit.

Letztere beklagen allerdings nachvollziehbarerweise, dass die Zuschüsse in der Regel nicht genügen, und dass sie keine institutionelle Förderung (Personal, eigene Räume) erhalten.

## 11. Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit<sup>17</sup>

Auf dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit sind viele Akteure tätig. In diesem Kapitel geht es in erster Linie darum, was die LHS im Sinne einer Selbstverpflichtung unternimmt, um dieses Engagement im Bereich Migration zu unterstützen.

### Leitsatz:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken verfolgt das Ziel einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Freiwilligenarbeit von Zugewanderten und Einheimischen.*

### Ziele:

- Einheimische und Zugewanderte beteiligen sich an der Integrationsarbeit und der Gestaltung des Zusammenlebens.
- MigrantInnen bringen sich in zivilgesellschaftliche Aktivitäten ein und übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen.
- Vereine entwickeln geeignete Strategien der interkulturellen Öffnung und Ansprache. Sie werben aktiv um Mitglieder mit Migrationshintergrund und ermutigen sie zur Übernahme von Funktionen und Mandaten.
- Es entsteht ein modernes Bürgerverständnis, bei dem Herkunft und Nationalität in den Hintergrund treten.

<b>Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:</b>	<b>Als Maßnahmen sind erfolgt:</b>	<b>Als nächste Schritte sind geplant:</b>
MigrantInnen werden in Projekte und Beteiligungsverfahren eingebunden	<p>Grundlagenarbeit in diesem Bereich wurde über das Projekt IBIS (2008/2009) geleistet.</p> <p>Mit der Methode des „Community Organizing“ sollen mehr MigrantInnen erreicht werden.</p> <p>Partizipationsprojekte wie „MigrantInnen mischen mit“ in Malstatt werden gefördert und begleitet.</p> <p>IMMIGRA 2012: Bürgerbeteiligung wird hier ein Schwerpunkt sein.</p> <p>Die Einbürgerungskampagne setzt sich mit dem Bürgerbegriff in der Einwanderungsgesellschaft auseinander.</p>	Konsequentes Bemühen um Erreichen von MigrantInnen bei Beteiligungsmöglichkeiten (Stadtteilkonferenzen, Runde Tische etc.)

<sup>17</sup> Konzept S. 56

<p>Selbstorganisation von MigrantInnen wird gefördert</p>	<p>Unterstützung von Migrantenorganisationen; Qualifizierung, Zuschüsse, logistische Unterstützung (Versorgung mit Infomaterial und Bannern), Erschließung von Drittmitteln (TFKS)</p>	<p>Fortführen; alternative Unterstützungsmöglichkeiten bei zurückgehenden Haushaltsmitteln suchen</p>
<p>Die Tätigkeit von Vereinen und Organisationen wird sichtbar gemacht und unterstützt</p>	<p>Interkulturelle Wochen dienen explizit dazu, die Arbeit der Integrationsakteure sichtbar zu machen.</p> <p>Breit gestreute Information über Internetauftritt und Newsletter des ZIB</p> <p>CULTURIO 2005 und 2007</p> <p>IMMIGRA 2008, 2010, 2012</p>	<p>Fortführen</p> <p>Fortführen</p> <p>Fortführen</p>
<p>Es entstehen grenzüberschreitende Projekte zu Partizipation und Citoyenneté im Rahmen von QuattroPole</p>	<p>Die QuattroPole Arbeitsgruppe „Migration – Partizipation – Citoyenneté“ hat eine Reihe von Projekten durchgeführt: Konferenzen, Migrationstouren, Fachaustausch. Derzeit entsteht ein Internetauftritt mit Beiträgen über Migration in den vier QuattroPole-Städten.</p>	
<p>Langfristig werden spezifische Projekte entwickelt, z.B. Mentoring</p>	<p>Einige Wohlfahrtsverbände haben Projekte aufgelegt, um MigrantInnen für Freiwilligendienste zu erreichen (DRK). Die LAG Pro Ehrenamt hat sich dem Thema Integration stärker geöffnet.</p> <p>Mentoring-Projekte sind beim Diakonischen Werk (Jugendliche) und bei der Frauenbibliothek (MiNet – Mentoring für Migrantinnen; in Kooperation mit der LHS) entstanden.</p>	<p>Fortführen</p> <p>Fortführen und Verstetigen</p>

## 12. Sport<sup>18</sup>

### Leitsatz:

*Die Chancen, die der Sport als Beitrag zur Integration bieten kann, sollen möglichst umfassend erschlossen werden.*

### Ziele:

- MigrantInnen sind entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in Sportvereinen und sportlichen Initiativen repräsentiert.
- Es besteht ein fairer Umgang miteinander auf dem Sportplatz; Rassismus hat keinen Platz im Sport.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
MigrantInnen werden stärker als Funktions-trägerInnen einbezogen: z.B. durch Übungsleiterschulungen, Projekte im Stadtteil	Ausbildung zur Schwimmaufsicht wird angestrebt beim „Frauenschwimmen“	weitere Projekte initiieren
MigrantInnen werden gezielt an Sportvereine und sportliche Aktivitäten herangeführt	Frauenschwimmen und Schwimmkurse Interventionsmaßnahme „Vielfalt im Fußball“ in Kooperation mit Landesfußballverband u.a. Fitnessangebote bei „Frauenwelten“ Gymnastikkurse für Migrantinnen (Malstatt, im Rahmen von „Stärken vor Ort“) Radfahrkurse (AWO) Mädchenfußballprojekte an Schulen	Fortführen und weitere Projekte entwickeln; weitere Kooperationsprojekte mit Landessportverband und Vereinen entwickeln
Sport als Möglichkeit der Integration wird stärker thematisiert, z.B. in politischen Ausschüssen und den Medien	Reaktionen auf ausführliche Berichterstattung in den Medien über Frauenschwimmen Veranstaltungsreihe „Migration und Sport“ von Ramesch e.V.	

<sup>18</sup> Konzept S. 58

Erfolgreiche SportlerInnen mit Migrationshintergrund dienen als Rollenvorbilder	./.	
Die Sportvereine werden im Rahmen der Möglichkeiten durch die LHS unterstützt.	Im Rahmen des Projektes „Vielfalt im Fußball“ wurden an einem Runden Tisch mit LHS, Landesfußballverband, Polizei etc. Verbesserungen für die Situation der von MigrantInnen getragenen Fußballvereine erzielt.	

**Einschätzung:**

Die Beteiligung von MigrantInnen in einzelnen Sportarten ist sehr unterschiedlich. Besonders hoch ist sie im Fußball (insbesondere in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil); hier sind Migranten einerseits als Spieler in den traditionellen Vereinen gut repräsentiert, andererseits haben Migranten auch eigene Vereine gegründet.

Eine Reihe von Vereinen engagiert sich ausdrücklich in der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund: etwa der Judoclub Folsterhöhe oder die Sportfreunde Saarbrücken, aber auch die von Migranten selbst getragenen Vereine verstehen ihr Engagement als Beitrag zur Unterstützung der Kinder und Jugendlichen.

Das Projekt „Vielfalt im Fußball“ (eine Interventionsmaßnahme im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“) hat sich intensiv mit der Situation der Migrantenvereine und mit Rassismus auf dem Fußballplatz befasst; die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation festgehalten. Verschiedene andere Projekte im Rahmen von „Vielfalt tut gut“ im Regionalverband haben sich mit der Öffnung von Sportvereinen und der Bekämpfung von Diskriminierung im Sport befasst.

Besonderes Interesse an mehr Teilhabe im Sport haben in den letzten Jahren Frauen mit Migrationshintergrund signalisiert. Das wurde immer wieder deutlich bei Veranstaltungen wie den „Frauenwelten“, wo Fitnessangebote der „Renner“ waren. Die Stadt und die Bäderbetriebsgesellschaft haben den intensiv vorgetragenen Wunsch von Frauen, nicht nur schwimmen zu lernen (was durch Maßnahmen des Deutsch-Ausländischen JugendClubs und ein Projekt für kurdische Frauen im Rahmen von „Stärken vor Ort“ ermöglicht wurde), sondern auch regelmäßig ins Schwimmbad zu gehen, aufgenommen und das Frauenschwimmen in Altenkessel ermöglicht. Der Erfolg gibt den Veranstaltern Recht: Zahlreiche Frauen und Kinder machen von dem Angebot Gebrauch. Unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten ist das eine sehr positive Entwicklung. Ebenfalls gut angenommen werden die Fahrradkurse für Frauen, die die AWO anbietet.

### 13. Einbürgerung<sup>19</sup>

**Leitsatz:**

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken fördert das Interesse an der Einbürgerung bei Zuwanderern und schafft ein einbürgerungsfreundliches Klima.*

**Ziele**

- Zuwanderer entwickeln ein Gefühl der Zugehörigkeit und der Identifikation mit dem politischen Gemeinwesen von der kommunalen bis zur europäischen Ebene.
- Der Trend, dass sich immer weniger Menschen einbürgern lassen, wird aufgehalten.
- Die Teile des Einbürgerungsverfahrens, die die Landeshauptstadt bearbeitet, werden so bürgernah wie möglich gestaltet. Die Bearbeitungsdauer soll perspektivisch sechs Monate nicht übersteigen.

<b>Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:</b>	<b>Als Maßnahmen sind erfolgt:</b>	<b>Als nächste Schritte werden empfohlen:</b>
Die Stadt fördert die Identifizierung mit dem politischen Gemeinwesen	Symbolpolitik“: Willkommenskultur, Bedeutung des Themas für die Kommunen wird bei allen sich bietenden Anlässen kommuniziert	Fortführen
Die Stadt wirbt für die Einbürgerung, insbesondere auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen	Einbürgerungskampagne vom 31.5.2012 – 31.5.2013; die Kampagne beinhaltet insbesondere auch an Jugendliche gerichtete Projekte (Schulprojekte, Jugenddebatte etc.)	Umsetzen und Auswerten
Die Stadt informiert über die Einbürgerung.	Infoveranstaltungen zu Einbürgerung, Sprachtests, Einbürgerungstests (LHS und VHS); neue Infobroschüre; Internetauftritt im Rahmen der Einbürgerungskampagne	Fortführen
Die Stadt bekundet ihre Wertschätzung für die Einbürgerungsentscheidung durch Einbürgerungsfeiern in angemessenem Rahmen.	Seit 2004 gab es eine jährliche Einbürgerungsfeier mit Symbolcharakter (Würdigung der im Vorjahr eingebürgerten Personen), inzwischen findet einmal monatlich eine Einbürgerungsfeier statt, bei der die Eingebürgerten in würdigem Rahmen direkt ihre Einbürgerungsurkunden erhalten.	Fortführen

<sup>19</sup> Konzept S. 60

<p>Der Ablauf des Einbürgerungsverfahrens wird optimiert.</p>	<p>Bearbeitungszeit hat sich in den letzten Jahren deutlich reduziert.</p> <p>Der Ablauf und die Zuständigkeiten im Einbürgerungsverfahren wurden landesweit neu strukturiert.</p> <p>Im Rahmen der Einbürgerungskampagne hat sich eine Projektgruppe gebildet; sie soll auch Anregungen für Verbesserungen im Verfahren aufnehmen.</p>	<p>Regelmäßig überprüfen</p>
---	---	------------------------------

**Einschätzung:**

Im Umgang mit der Einbürgerung als einem zentralen integrationspolitischen Thema ist Saarbrücken gut aufgestellt. Durch die bereits frühzeitig eingeführten Einbürgerungsfeiern (weit vor der Aufwertung der Einbürgerung in Bundes- und Landespolitik) hat das Thema eine gute öffentliche Resonanz gefunden.

Die bis Mai 2013 dauernde Einbürgerungskampagne soll nun das Interesse weiterer Zielgruppen an der Einbürgerung wecken, aber auch einen gesellschaftlichen Dialog über die damit zusammenhängenden Themen Staatsbürgerschaft, Nation, Heimat, Identität, Mobilität etc. herausfordern.

## 14. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung<sup>20</sup>

### Leitsatz:

*Politik und Verwaltung sind entschlossen, präventiv gegen Rassismus zu arbeiten und internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte, europäische Richtlinien zum Schutz vor Diskriminierung und sowie das seit 2006 geltende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf der lokalen Ebene zu beachten und umzusetzen.*

### Ziele:

- Rückgang von Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung
- Chancengleichheit auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Präventive Maßnahmen im Bereich von Bildung und Erziehung (z.B. Antirassismustrainings)	<p>Projekte im Rahmen der Lokalen Aktionspläne von „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, „Vielfalt tut gut“, „Stärken vor Ort“ etc.</p> <p>Rassismus und Diskriminierung sind regelmäßig Themen bei der IMMIGRA</p> <p>Umsetzung des 10-Punkte-Aktionsplans im Rahmen der Mitgliedschaft Saarbrücken in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus</p> <p>Aktivitäten freier Träger: Projekte wie „ErWachsen in Vielfalt“ (bfw; Pädagogik der Vielfalt), pädagogische Maßnahmen von Vereinen und Initiativen (Haus Afrika, label M, Deutsch-Ausländischer JugendClub etc.)</p>	Fortführen
Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung	<p>Die Initiative für die Einrichtung einer Landesberatungsstelle für Opfer von Diskriminierung und rechter Gewalt (finanziert aus Bundesmitteln TFKS) ging maßgeblich von der LHS aus.</p> <p>Antidiskriminierungsforum Saar sorgt</p>	<p>Fortführen und Institutionalisieren</p> <p>Fortführen und Institutio-</p>

<sup>20</sup> Konzept S. 62

	<p>für Qualitätsentwicklung in der Beratung und für zielgruppenübergreifende Ansätze (aktuell: Beteiligung am „Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes).</p> <p>Antidiskriminierungsprojekt für Jugendliche (Träger: DAJC) wurde aus Mitteln des Programms „Vielfalt tut gut“ aufgebaut, konnte aber mangels Ressourcen nicht fortgesetzt werden.</p>	<p>nalisieren</p> <p>neue Finanzierungsmöglichkeiten suchen</p>
<p>Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin, die gleiche Chancen nachhaltig fördert</p>	<p>Einstellung von Azubis mit Migrationshintergrund; PraktikantInnen</p> <p>Antidiskriminierungstrainings und AGG-Schulungen für städtische Azubis (seit diesem Jahr fester Ausbildungsbestandteil) im Rahmen der Städtekoalition gegen Rassismus</p> <p>Als Querschnittsthemen sind gesetzlich und/oder im Stadtentwicklungskonzept u.a. verankert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Vielfältiges Saarbrücken</li> <li>- Frauenförderung u. Gender Mainstreaming</li> <li>- Chancengleichheit für Behinderte</li> <li>- Generationengerechtigkeit</li> </ul>	<p>Fortführen und Intensivieren</p> <p>Auch für andere MitarbeiterInnen der LHS anbieten.</p>
<p>Förderung der kulturellen Vielfalt</p>	<p>Wird an vielen Stellen sichtbar, z.B.:</p> <p>Interkulturelle Wochen, IMMIGRA</p> <p>Interkulturelle Aspekte bei allen großen Stadt(teil)festen und –festivals (Altstadtfest, Max-Ophüls-Preis, Brebacher Fest, Orientalischer Markt etc.)</p> <p>Förderung der Aktivitäten interkulturell tätiger Vereine</p>	<p>Fortführen</p>
<p>Konfliktmanagement und Maßnahmen zum Umgang mit rassistischen Gewalttaten</p>	<p>Die LHS ist Teil des saarländischen Netzwerkes gegen Rechtsextremismus (im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“) und des bundesweiten Beratungsnetzwerks gegen Diskriminierung.</p>	<p>Strategien zur nachhaltigen Verankerung nach Ende der Förderprogramme entwickeln.</p>
<p>Information und Öffentlichkeitsarbeit zum AGG</p>	<p>Mitwirkung der LHS im Antidiskriminierungsforum Saar und Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung</p>	

<p>Projekte und Maßnahmen zur Sensibilisierung gegen Diskriminierung unter einer „horizontalen“ Perspektive: Bekämpfung von Rassismus, Homophobie, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit etc.</p>	<p>Lokaler Aktionsplan TFKS verfolgt einen zielgruppenübergreifenden Ansatz; Begleitausschuss wurde auch dementsprechend zusammengesetzt</p> <p>Die LHS unterstützt maßgeblich die Institutionalisierung des Antidiskriminierungsforums Saar, das in dieser „horizontalen“ Perspektive arbeitet.</p>	
---	--	--

### Einschätzung:

Integrationspolitik kann nicht gelingen, wenn nicht gleichzeitige aktive Strategien zur Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung entwickelt werden. Dabei hat sich heute zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine stärkere Verschränkung der Strategien gegen unterschiedliche Formen der Diskriminierung - aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Herkunft, der sexuellen Identität, einer Behinderung etc. – notwendig ist.

Wenngleich Saarbrücken sicher zu Recht als grundsätzlich weltoffene Stadt gilt, bleibt auch hier noch viel zu tun. Eine von der LHS im Rahmen des Bundesprogrammes „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ beauftragte und vom Adolf-Bender-Zentrum vorgenommene Situationsanalyse (basierend im Wesentlichen auf ExpertInnengesprächen) hat entsprechende Hinweise geliefert. Die subjektive Angst vor Rechtsextremismus ist nach der Aufdeckung der rechtsextremistischen Anschläge der NSU bundesweit und den mutmaßlich von Rechtsextremisten verübten Brandanschläge in Völklingen gestiegen. Umso wichtiger sind hier Zeichen der Solidarität und der Ablehnung rechten Gedankenguts, wie sie z.B. durch eine Mahnwache des Integrationsbeirats für die Opfer der Anschläge oder die Kundgebungen gegen NPD-Versammlungen in Schafbrücke durch die dortige Ev. Kirchengemeinde gesetzt wurden.

Das ZIB und das Frauenbüro engagieren sich darüber hinaus für die nachhaltige Verankerung des Antidiskriminierungsforums Saar (Initiative und Trägerschaft: bfw – Berufsförderungswerk des DGB), weil sie darin eine zeitgemäße, zielgruppenübergreifende Form der Bekämpfung von Diskriminierung sehen.

Die LHS setzt mit ihren Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung und zur Integration im Sinne einer Selbstverpflichtung auch den 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus um, der sie vor einigen Jahren beigetreten ist. Jüngster Beitrag dazu ist die Aufnahme eines Antirassismusworkshops in den Ausbildungsplan der Nachwuchskräfte bei der LHS.

## 15. Prävention und Sicherheit<sup>21</sup>

### Leitsatz:

*Die Integrationspolitik der Landeshauptstadt Saarbrücken versteht sich als aktiver Beitrag zu Prävention und Sicherheit.*

### Ziele:

- Durch eine bessere soziale Inklusion werden die Risiken, die das Entstehen abweichenden Verhaltens begünstigen, verringert.
- Migrantencommunities beteiligen sich aktiv an der Zusammenarbeit mit den Institutionen

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Projekte und Kooperation mit Migrantenorganisationen, Religionsgemeinschaften, Jugendamt, Stadtämtern und Polizei	Projekt „Vielfalt im Fußball“ mit dem Integrationsbeauftragten des Landesfußballverbandes, von MigrantInnen getragenen Fußballvereinen, Polizei u.a.  Vielfältige Kooperationen mit Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften	weitere Projekte und ggfs. runde Tische nach Bedarf und Möglichkeiten
Bildungsarbeit mit Migrantenjugendlichen	Alle Strategien, die zu einer Verbesserung des Bildungserfolgs führen (von Ganztagschule bis Sprachförderung)  Jugendprojekte im Rahmen der Einbürgerungskampagne; Jugendprojekte von Migrantenorganisationen  Umsetzung von Programmen wie „Schule ohne Rassismus“ (Landeszentrale für polit. Bildung)  Maßnahmen von Vereinen und Initiativen wie „Zweite Chance“  Projekt zur besseren Integration von Roma-Kindern und ihren Familien (Weyersberg-Grundschule)	
Antirassismustrainings und Trainings zum Umgang mit erlebter Diskriminierung	Verschiedene Konzepte wurden z.B. bei Projekten im Rahmen von „Vielfalt tut gut“ (Regionalverband) erprobt und umgesetzt.	Qualitätsstandards erarbeiten
Offensiver und sachlicher Umgang mit inter-	Unterstützung des interreligiösen Dialogs auf Stadt- und Stadtteilebene	im Rahmen des Beratungsnetzwerks gegen

<sup>21</sup> Konzept S. 63

kulturellen Fragestellungen und interreligiösem Dialog	(Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Projekte im Rahmen von TFKS, interreligiöse Stadtrundgänge etc.)  regelmäßige Gespräche mit Religionsgemeinschaften;	Diskriminierung (Antidiskriminierungsforum Saar): Fachveranstaltung zu Islam
Opferschutz	Enge Zusammenarbeit mit Beratungsstelle für Opfer von Diskriminierung; Vermittlung von Ratsuchenden; Mitwirkung beim Aufbau des Antidiskriminierungsforums	Verstetigung der Beratungsstelle beim Land

### Einschätzung:

Die Themen Prävention und Sicherheit betreffen „Einheimische“ wie Zugewanderte gleichermaßen. Menschen können aufgrund ihrer Herkunft Opfer von Diskriminierung und Gewalt werden; der Zuzug bestimmter, „auffälliger“ Migrantengruppen kann umgekehrt ein Gefühl von Unsicherheit bei den hier bereits Lebenden auslösen.

Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt und Diskriminierung beim Sozialministerium (gefördert aus Mitteln von TFKS) mit juristischem Sachverstand, bedeutet einen großen Fortschritt für Saarbrücken. Sie verhilft Opfern von Diskriminierung, besser zu ihrem Recht zu kommen, und stärkt ihr Selbstbewusstsein, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Es ist zu hoffen, dass ihre Arbeit auf Dauer gestellt werden kann.

Die Zuwanderung (oder Durchwanderung) „auffälliger“ Personengruppen erfordert ein abgestimmtes Handeln, das in angemessener Weise integrations- und ordnungspolitische Strategien verfolgt. Auch hierin liegt eine wichtige Zukunftsaufgabe.

## 16. Öffentlichkeitsarbeit und Medien<sup>22</sup>

### Leitsatz:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken trägt durch ihre Medien-, Bürger- und Öffentlichkeitsarbeit dazu bei, für Migrationsthemen zu sensibilisieren, verzerrten Wahrnehmungen entgegen zu wirken, MigrantInnen als BürgerInnen der Stadt anzusprechen und die lokalen und ethnischen Medien als Partner der Integrationspolitik zu gewinnen.*

### Ziele:

- Migrationsfreundliches Klima fördern
- Gleichen Zugang zu Informationen für BürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund schaffen
- Gleiche Partizipationschancen schaffen
- MigrantInnen an Kommunalpolitik und –verwaltung heranführen
- Integrationspolitische Ziele vermitteln

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Durchführung öffentlichkeitswirksamer Kampagnen (z.B. Einbürgerung)	Einbürgerungskampagne 2012/2013 „Hingucker“, die sich von der üblichen interkulturellen Ikonographie unterscheiden: z.B. Plakatwerbung für den Orientalischer Markt  „Schön, dass Sie da sind“ – Plakatkampagne anlässlich 50 Jahre Saarland zur Würdigung des Beitrags der „GastarbeiterInnen“  IMMIGRA im Rathaus mit vielfältigen Begegnungs- und Informationsmöglichkeiten	
Koordination der Interkulturellen Woche, einschl. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Jährliches Programm zu den Interkulturellen Wochen	Fortführen

<sup>22</sup> Konzept S. 64

<p>Aufbau eines Internetportals „Integration in Saarbrücken“</p>	<p>Städtische Website; zusätzliche Plattformen über SIMA u.a.</p>	<p>Laufend pflegen</p>
<p>Bereitstellung mehrsprachiger Informationen</p>	<p>z.B. „Hilfen für Migrantinnen in Konfliktsituationen“                       Beilage „Saarbrücken international“ in Stadtteilzeitungen                       Mehrsprachige Beiträge im redaktionellen Teil der Stadtteilzeitungen (z.B. Burbacher Dorfblatt)</p>	<p>Bedarf an mehrsprachigen Informationen im Einzelfall prüfen und Übersetzungen ggfs. sicherstellen;</p>
<p>Durchführung von Medienprojekten und gezielte Ansprache von Medien für Berichterstattung über Migrationsthemen</p>	<p>Projekt „Zuwanderer lesen die Saarbrücker Zeitung“                       Hintergrundgespräche mit Medien: sachgerechte und sensible Berichterstattung über Migrationsthemen</p>	<p>Projekt mit Saarl. Journalistenverband ab Sommer: Schreibwerkstätten für JournalistInnen etc.                       Migration und Medien als ein Thema bei der IMMIGRA 2012</p>
<p>MigrantInnen an Kommunalpolitik und –verwaltung heranzuführen</p>	<p>IMMIGRA im Rathaus                       Führungen und Begegnungen für MultiplikatorInnen</p>	<p>Fortführen</p>

## 17. Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung<sup>23</sup>

### Leitsatz:

Die Stadt unternimmt konkrete Aktivitäten, um die interkulturelle Öffnung der Verwaltung zu voran zu bringen.

### Ziele:

- Die Ämter der Stadtverwaltung – insbesondere die Publikumsämter – werden stärker sensibilisiert für den Umgang mit Kund/innen nicht-deutscher Herkunft.
- Die Stadt entwickelt Strategien, um den Anteil von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Sie tut dies, um auf die veränderten Anforderungen in den Publikumsämtern besser reagieren zu können und gleichzeitig einen aktiven Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit von Migrant/innen zu leisten.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen	Fachveranstaltung „Interkulturelle Öffnung“ für Führungskräfte zum Start der Umsetzung des Integrationskonzepts (2008)  Schulungen „Interkulturelle Kompetenz“ für Publikumsämter: In den Fortbildungsmaßnahmen „Behördenkommunikation in der Einwanderungsgesellschaft“ bzw. „Interkulturelle Kompetenz“ wurden MitarbeiterInnen der Stadtämter 11, 32, 33, 34, 40 - Schülerförderung / Schulsekretärinnen -, 46 geschult.	Fortführen
Schulungen und Infoveranstaltungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)  Einbindung von Stadtämtern in Aktivitäten im Zusammenhang mit der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus	Seit 2012 wird vom Personal- und Organisationsamt in Zusammenarbeit mit dem ZIB ein Anti-Rassismus-Seminar für Auszubildende und AnwärterInnen angeboten. Dabei geht es um den Umgang mit Vielfalt und um die gesetzlichen Grundlagen für die Bekämpfung von Diskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).	Fortführen
zusätzlicher Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich	Vgl. Punkt 3 (Arbeitsmarkt/LHS als Arbeitgeber)	

<sup>23</sup> Konzept S. 66

## 18. Sprachmittlung<sup>24</sup>

### Leitsatz:

*Die Kommunikation zwischen Behörden, Einrichtungen und Migrant/innen wird – wo dies erforderlich ist - durch den gezielten Einsatz von Sprachmittler/innen professionalisiert.*

### Ziele:

- Das Dolmetschen im Migrationskontext (Fachbegriff: „Community Interpreting“) wird professionalisiert.
- Die von Einrichtungen und Verwaltungsstellen eingesetzten Dolmetscher/innen werden angemessen bezahlt.
- Es entwickelt sich ein Dienstleistungsmarkt für „Community Interpreters“.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Qualifizierung von Sprachmittler/innen	IHK-Zertifikatslehrgang „SprachmittlerInnen“ entwickelt und durchgeführt	Nachqualifizierung und Durchführung eines zweiten Kurses (Finanzierung bislang nicht gesichert)
Qualifizierung von KulturmittlerInnen	Im Rahmen von IBIS	
Beschäftigung von „BrückenbauerInnen“	SIMA / Jobcenter / Migrantenorganisationen	
Sensibilisierung von Behörden und Einrichtungen für die Notwendigkeit eines professionellen Umgangs mit Sprachmittlung	Flyer, Newsletter, Internet, Infoveranstaltungen	Intensivieren
Entwicklung von Finanzierungsmodellen für den Einsatz von SprachmittlerInnen	Hat sich als schwierig erwiesen!	Intensivieren
Unterstützung von SprachmittlerInnen bei der Erschließung des Marktes	(erfolgloser) Versuch der Vereinsgründung; Werbung, Vermittlung	

<sup>24</sup> Konzept S. 67

## 19. Kommunal handeln – europäisch denken: Grenzüberschreitende Ansätze<sup>25</sup>

### Leitsatz:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken fördert den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Integration im Grenzraum. Migrations- und Integrationsfragen werden zunehmend Gegenstand gemeinsamer Überlegungen im QuattroPole-Kontext.*

### Ziele:

- Die Akteure der Integration sollen die Strukturen und Arbeitsweisen im Bereich der Integration von Zuwanderern im Nachbarland kennen lernen und ihre Beratungskompetenz dadurch erweitern.
- Über den Austausch hinaus sollen auch gemeinsame Produkte und regelmäßige Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung entstehen.
- Durch die Herstellung von Arbeitskontakten sollen die Träger mögliche Kooperationspartner für grenzüberschreitende Projekte besser identifizieren können.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
Durchführung von Vernetzungstreffen  Aufbau von grenzüberschreitenden Projekt- und Arbeitsgruppen	Eine Projektgruppe mit Akteuren aus Metz, Sarreguemines, Luxemburg und Saarbrücken hat sich zwei Jahre lang über Themen der Integrationspolitik in den drei Ländern ausgetauscht. Sie hat ihre Arbeit nach Projektende eingestellt.  Die QuattroPole Strategieguppe „Migration – Partizipation – Citoyennete » trifft sich seit sechs Jahren und führt gemeinsame Projekte durch.	evtl. neuer Ansatz im Rahmen eines grenzüberschreitenden Austausches zur Stadtentwicklungspolitik zwischen Forbach und Saarbrücken; Migration als Querschnittsthema
Entwicklung gemeinsamer Arbeitsinstrumente und Projekte	durchgeführte Projekte: QuattroPole-MigraTouren, Fachtagungen, Internetseite mit Fachbeiträgen, neue Projekte geplant für 2013	

<sup>25</sup> Konzept S. 68

## 20. Wissenschaft-Praxis-Transfer: Einbindung der saarländischen Hochschulen<sup>26</sup>

### Leitsatz:

*Die Landeshauptstadt Saarbrücken unterstützt den Wissenschaft-Praxis-Transfer im Migrationskontext und die Weiterentwicklung des lokalen Integrationsdiskurses.*

### Ziele:

- Die Integrationsarbeit orientiert sich stärker an den Erkenntnissen der Wissenschaft.
- Praxiserkenntnisse werden den Wissenschaften zugänglich gemacht.
- Es entwickelt sich ein wissenschaftlich fundierter lokaler Integrationsdiskurs.

Als Strategien und Maßnahmen wurden vorgeschlagen:	Als Maßnahmen sind erfolgt:	Als nächste Schritte werden empfohlen:
<p>Wissenschaftlicher Sachverstand aus unterschiedlichen Fachbereichen wird für die Integrationsarbeit erschlossen und Kontakte hergestellt</p>	<p>Projekte mit Fachbereichen der <u>Universität</u>: Deutsch als Fremdsprache (Fortbildungsveranstaltungen), Dolmetscherinstitut (Ausbildung von SprachmittlerInnen), Kulturgeographie (dt.-frz. Projekt und Stadteilerkundungen), Europabüro (Fachtagung)</p> <p>Kooperationen mit der <u>Hochschule der bildenden Künste</u>: HBK als Station der QuattroPole „MigraTouren“, Plakatwettbewerb Interkulturelle Wochen</p> <p><u>HTW</u>: zahlreiche gemeinsame Projekte und Veranstaltungen mit Lehrstuhl Prof. Filsinger und Institut GIM (sozialwissenschaftlich); Evaluation von TFKS-Projekten (Studierende von Prof. Simone Odierna)</p> <p>Kooperation mit HTW (Marketing, Prof. König) beim Projekt Burbacher Märkte</p> <p><u>Uni und HTW (International Office)</u>: Infoveranstaltungen für internationale Studierende; Ziel: Unterstützung von international Studierenden beim Weg in den Arbeitsmarkt</p>	<p>Verstärkte Kooperationen mit HTW am Standort Alt-Saarbrücken (Sozialraumbezug)</p>

<sup>26</sup> Konzept S. 70

	<u>QuattroPole</u> : Einbeziehung von Wissenschaftlern aller vier Universitätsstandorte in die Strategiegruppe Migration; Entwicklung neuer Projekte	
Projekte werden nach Möglichkeit wissenschaftlich begleitet	HTW (Prof. Odierna) lässt derzeit über Studierende mehrere TFKS-Projekte evaluieren;  Verschiedene Projekte, an denen die LHS beteiligt war/ist, wurden extern evaluiert (SIMA, Modellprojekt Integrationsvereinbarungen etc.)  Die LHS hat sich an der Evaluationsstudie des Städtetages über integrationspolitische Strategien der Kommunen beteiligt	
Praktikumsplätze für Studierende werden zur Verfügung gestellt; Diplomand/innen und Doktorand/innen werden begleitet und unterstützt	mehrere PraktikantInnen wurden beim ZIB eingesetzt; verschiedene Arbeiten mit integrationspolitischen Inhalten wurden begleitet	

**Einschätzung:**

Die Hochschulen des Saarlandes bieten eine Reihe von Anknüpfungspunkten für eine Zusammenarbeit im Bereich der Integrationsarbeit. So bestehen beispielsweise gute Kontakte und Kooperationen mit der HTW/Fakultät für Sozialwissenschaften oder mit dem Lehrstuhl Deutsch als Fremdsprache an der Universität des Saarlandes, aber auch mit der HBK.

Umgekehrt macht sich aber auch die Schließung von Fakultäten in den letzten Jahren deutlich bemerkbar. Die heute fehlenden Fachbereiche Politikwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Orientalistik oder Soziologie wären wichtige Partner für den Theorie-Praxis-Transfer. Migrationsforschung ist dadurch kein Schwerpunkt an den saarländischen Hochschulen. Es werden allenfalls einzelne Beiträge aus spezifischen Forschungsbereichen geliefert. Es fällt auf, dass die neuere saarländische Migrationsgeschichte nicht systematisch erforscht ist.